

FSM SFM

Im vorliegenden Bericht wird der institutionalisierte Einsatz von Sprachmitteln und interkultureller Vermittlung unter einer theoretischen Perspektive betrachtet und deren Potentiale und Herausforderungen für die Integration der Migrationsbevölkerung analysiert. Letztlich liegt somit ein fundiertes Argumentarium zu Sinn und Zweck dieser Dienstleistungen im Migrationskontext vor.

Autorinnen:

Janine Dahinden, Ethnologin; Milena Chimienti, Soziologin

FSM
SFM

Forschungsbericht 25 / 2002 Professionelles Sprachmitteln und interkulturelles Vermitteln im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich

Swiss
Schweizerisches

Forum

for Migration and Population Studies
für Migrations- und Bevölkerungsstudien
suisse pour l'étude des migrations et de la population
svizzero per lo studio delle migrazioni e della popolazione



Forschungsbericht
25 / 2002

Neuchâtel
22. Juni 2002

Janine Dahinden, Milena Chimienti

Professionelles Sprachmitteln und interkulturelles Vermitteln im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich

Theoretische Perspektiven

Zuhanden von Interpret

Forschungsbericht
25 / 2002

Janine Dahinden
Milena Chimienti

Professionelles Sprachmitteln und interkulturelles Vermitteln im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich

Theoretische Perspektiven

Zuhanden von Interpret'

Neuchâtel, 22. Juni 2002

Inhalt

Vorwort	3
Einführung	5
SprachmittlerInnen und interkulturelle VermittlerInnen als integrativ wirkende Hilfsmittel in einer pluralistischen Welt	7
Bedingungen sozialer Kommunikation	9
Spannungsfelder: Zwischen Inklusion und Exklusion	12
Struktur des Berichts	14
1. Sprachmitteln und interkulturelles Vermitteln unter der Perspektive einer linguistischen Integration	16
1.1 Vom Einsprachen- zum Mehrsprachenkonzept	17
1.2 Sprachkompetenz und Spracherwerb	22
1.3 Das verbale Repertoire und der Einsatz von SprachmittlerInnen	23
2. Die Frage der ethno- respektive kulturspezifischen Arbeit	27
3. Apports et défis de l'interprétariat communautaire dans le processus d'intégration socio-structurelle	35
3.1 De la prise en compte des barrières structurelles dans le processus d'intégration	36
3.2 Critères d'intégration socio-structurelle : réciprocité, droits et égalité des chances	41
4. Synthèse	53
Anhänge	61
1. Hauptfragen und methodisches Vorgehen	61
2. Interviewleitfaden	63
3. Répartition des tâches et financement	65
Tabellen und Abbildungsverzeichnis	67
Bibliographie	68

Vorwort

Über die Notwendigkeit von Dienstleistungen wie Sprachmitteln oder interkulturellem Vermitteln (auch Übersetzen oder Dolmetschen resp. kulturelle Mediation oder Kulturvermittlung) herrscht in Fachkreisen und bei den zuständigen Bundesbehörden weitgehend Einigkeit (z.B. Bischoff und Loutan 2000; Efionayi-Mäder et al. 2001; Weiss und Stuker 1998). Auch in der Öffentlichkeit wird vermehrt auf die zentrale Rolle interkultureller Tätigkeiten in pluralen Gesellschaften hingewiesen und diese Formen interkultureller Kommunikation erscheinen oft als Lösung für vielfältigste Probleme (*Le Temps* 13.2.2002 oder Weltwoche 34/01).

Was hingegen die Implementierungsformen und Wirkungen betrifft, gehen die konzeptionellen Vorstellungen und Meinungen auseinander. Beispielsweise steht zur Debatte, welche konkreten institutionellen Formen solche Dienstleistungen annehmen sollen und welche Funktionen sie überhaupt erfüllen können.

Jedenfalls waren in den letzten Jahren verschiedene Initiativen zu beobachten und das Angebot an SprachmittlerInnen und interkulturellen VermittlerInnen sowie spezifische Ausbildungsmodule für solche Tätigkeiten nahmen schlagartig zu. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) unternahm 1998 erste Schritte, die bislang unstrukturierten Angebote im Bereich der professionellen Übersetzung und des interkulturellen Vermitteln zu koordinieren und die Ressourcen zu konzentrieren. Im Anschluss an eine Tagung zum Thema gründete sich im März 1999 *Interpret'*, die Schweizerische Interessengemeinschaft zur Förderung von Übersetzung und kultureller Mediation im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich. Der Verein setzt sich u.a. in den Bereichen Erfahrungsaustausch und Vernetzung, Sensibilisierung, Aus- und Weiterbildung und Supervision, Anerkennung des Status der DolmetscherInnen sowie Finanzierung der Dolmetschertätigkeit ein. Im Juli 2000 hat das BAG dem Verein *Interpret'* ein Mandat übertragen, bis im Juli 2002 Ausbildungs- und Qualitätsstandards mit gesamtschweizerischer Gültigkeit für das Sprachmitteln und interkulturelle Vermittlung im Gesundheits-, Sozial-, und Bildungsbereich zu erarbeiten. Seit einem Zwischenbericht vom September 2001 liegen erste Ergebnisse der Arbeit von *Interpret'* vor. Aufgrund dieses Berichts und dessen nicht zu unterschätzende Wichtigkeit übertrugen das BAG und die Eidgenössische Ausländerkommission

(EKA) dem Verein *Interpret*' im Rahmen seines Mandats weitere Teilmandate. Eines dieser Teilprojekte besteht in einer theoretisch begründeten Zuordnung dieser professionellen Tätigkeiten.¹ Es gilt im Rahmen einer theoretischen Arbeit die in Betracht zu ziehenden integrationsfördernden und -hemmenden Aspekte darzustellen und ein Argumentarium zu Sinn und Zweck des Einsatzes von Sprachmitteln und interkulturellem Vermitteln zu erarbeiten (Hungerbühler und Calderón 2002). *Interpret*' beauftragte im März 2002 das Schweizerische Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien (FSM/SFM) mit diesem Mandat. Im vorliegenden Bericht sind die Ergebnisse dieser Theoriearbeit synthetisiert und dargestellt.²

Wir möchten an dieser Stelle allen Personen danken, die durch ihre Unterstützung zum Gelingen dieses Berichts beigetragen haben: Besondere Erwähnung sollen die InterviewpartnerInnen finden, die Zeit fanden mit uns über diese Thematik zu diskutieren und ihr Wissen und ihre Erfahrungen zu teilen. Ein herzlicher Dank geht ebenfalls an die MitarbeiterInnen des FSM/SFM, insbesondere an Denise Efionayi-Mäder, Sandro Cattacin und Bülent Kaya, deren konstruktive Feedbacks und Bemerkungen uns zu weiteren Gedanken anregten.

¹ Im Auftrag der EKA werden begleitend zum BAG-Projekt neben diesem Mandat folgende weitere Teilprojekte geführt: Eine konkretisierende Analyse des für die Ausbildungslehrgänge in Frage kommenden Zielpublikums (Untersuchung darüber, was die momentan eingesetzten SprachmittlerInnen an Vorbildung, Arbeitserfahrung, Status, etc. mitbringen). Sowie die Erarbeitung einer Informationsstrategie für die Einführung der schweizerischen Ausbildungsstandards von SprachmittlerInnen und interkulturellen VermittlerInnen (Hungerbühler und Calderón 2002).

² Es sei darauf verwiesen, dass sich detaillierte Ausführungen über die Hauptfragen des Mandats und das methodische Vorgehen im Anhang Kapitel 1 zu finden sind.

Einführung

Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges wurden fast alle Länder Westeuropas zu de-facto- Einwanderungsgesellschaften. Allerdings unterscheiden sich die Länder Europas stark darin, inwieweit die Integration der zugewanderten Bevölkerung ins politische Programm Eingang fand und mit welchen Bedeutungen der Begriff Integration gefüllt wurde (vgl. z.B. Mahnig 1998). In der Schweiz waren es über lange Zeit fast ausschliesslich arbeitsmarktliche Interessen, welche die Einwanderungen seit dem zweiten Weltkrieg bestimmten. Bis in die sechziger Jahre blieb das Rotationsprinzip das einzige ausländerpolitische Steuerungskonzept (z.B. Haug 1995; Hoffmann-Nowotny 1995; Straubhaar und Fischer 1994). Die antizipierte Rückkehr der jungen ausländischen Arbeitskräfte machte das Nachdenken über Integrationsmodalitäten vorerst vordergründig obsolet.

Erst die Überfremdungsdebatten und die damit in Zusammenhang stehenden Referenden der sechziger und siebziger Jahren, welche auf die Reduktion der Zahl der in der Schweiz lebenden AusländerInnen abzielten (z.B. die Schwarzenbach-Initiative) veranlassten den Bundesrat zu einer Kurskorrektion in der Migrationspolitik: Ab 1970 stand die Stabilisierung des Ausländerbestandes im Vordergrund und der Bund erklärte die Förderung der gesellschaftlichen Integration der MigrantInnen zum Bestandteil seiner Ausländerpolitik (Hoffmann-Nowotny 1992). Allerdings fehlte damals der politische Wille für eine konsequente Integrationspolitik. Zwar entstanden in diesem Jahrzehnt auf kantonaler und kommunaler Ebene erste integrationspolitische Massnahmen, diese waren allerdings mehr als Ausdruck des schweizerischen Föderalismus denn als koordinierte oder kohärente Integrationspolitiken zu verstehen (Cattacin und Kaya 2001).³ Integration war

³ Bspw. wurden Ausländerberatungsstellen ins Leben gerufen oder die Eidgenössische Ausländerkommission EKA wurde gebildet.

damals gleichbedeutend mit dem Prinzip der Anpassung resp. der Assimilation.⁴ In den achtziger Jahren änderte sich die Perspektive auf die Integrationsthematik langsam und soziale Marginalisierungstendenzen der ImmigrantInnen und ihrer Kinder wurden vermehrt zur Sprache gebracht: Insbesondere im Bildungsbereich kam man von einer defizitorientierten Anpassungspolitik ab (Steiner-Khamsi 1996).

Die Integrationsfrage fand aber erst in den neunziger Jahren definitiv ihren Platz auf der politischen Agenda: Im Zuge der Rezession zeigten sich Desintegrationstendenzen besonders vulnerabler Populationen wie bspw. eine erhöhte Arbeitslosigkeit bildungsferner AusländerInnen. Gleichzeitig wurde die vor allem in urbanen Zentren zu beobachtende Pluralisierung der Lebensstile als risikoreich eingeschätzt und angesichts dieser Pluralisierung von Lebensformen setzte auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene ein Nachdenken über die Integration von Gesellschaften ein (Müller 1997). Das Gebot an Assimilation in eine als vormals gleichförmig vorgestellte Gesellschaft wurde nun dem Recht auf Differenz in einer als pluralistisch gedachten Welt entgegengesetzt (Wicker 1996a).

Die im Zuge der neunziger Jahre erarbeiteten Leitbilder der verschiedenen Schweizer Städte thematisierten die Integrationsthematik unter diesen neuen Vorzeichen: Eine Öffnung der gesellschaftlichen Institutionen für Differenz wurde nun mit Nachdruck gefordert, insbesondere was die Kerninstitutionen der Gesellschaft wie Bildung oder Gesundheit betraf. Damit änderte sich auch die Rolle des Staats grundlegend, dieser sollte seine Institutionen und seinen *service publique* ungeachtet der Herkunft und Lebensform für alle Individuen gleichermaßen anbieten.⁵ Integration hiess nun nicht mehr eine einseitige Anpassung seitens der Zugewanderten, sondern war als mehrdimensionaler und gegenseitiger Prozess mit dem Ziel einer pluralen Gesellschaft zu verstehen.

⁴ So bemühte sich bspw. die Schule um eine Assimilation der im Familiennachzug eingereisten ausländischen Kinder, die im Rahmen eines parallelen Sprachunterrichts möglichst rasch die Unterrichtssprache lernen sollten (EKA 1999).

⁵ Differenz wurde allerdings in unterschiedlichen Kontexten verschieden interpretiert, manchmal im Sinne kultureller Identitäten, manchmal auch im Sinne ungleicher Zugangschancen zu den gesellschaftlichen Institutionen.

SprachmittlerInnen und interkulturelle VermittlerInnen als integrativ wirkende Hilfsmittel in einer pluralistischen Welt

Mit dem Wechsel vom Assimilations- zum Differenz- respektive vom Homogenitäts- zum Pluralitätsparadigma erlebte der Terminus interkulturelle Kommunikation einen regelrechten Boom oder wie es Prodoliet (2000:5) formuliert:

„Der Begriff „interkulturelle Kommunikation“ ist sozusagen zu einem Zauberwort geworden, auf welches rekurriert wird, wenn Probleme der multikulturellen Gesellschaft angesprochen und gelöst werden sollen“

Der Einsatz von SprachmittlerInnen und interkulturellen VermittlerInnen wird denn meist mit Kommunikationsproblemen begründet resp. als Lösung und Antwort auf Kommunikationsprobleme angeboten und ist Ausdruck dieses Paradigmawechsels sowie des neuen Verständnisses von Integration.

Kasten 1: Definitionen und ihre Probleme

Da der Terminus Integration je nach thematischer Ausrichtung und auch ideologischer Orientierung sehr unterschiedlich konnotiert wird, versuchen wir in diesem Text so weit als möglich diesen Begriff zu vermeiden und von Inklusion / Exklusion resp. einschliessenden oder ausschliessenden Praktiken und Prozessen zu sprechen. Diese Perspektive erlaubt auch, Prozesse der Gegenseitigkeit und die Rolle des Staates in die Analyse mit einzubeziehen.

SprachmittlerInnen und interkulturelle VermittlerInnen kommt die Funktion von Hilfsmittel zu, die zwischen Personen mit Migrationshintergrund und gesellschaftlichen Institutionen vermittelnd intervenieren und deshalb zur Inklusion von Personen mit Migrationshintergrund beitragen sollen.

Der Einsatz von SprachmittlerInnen und interkulturellen VermittlerInnen im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich ist als Antwort auf Integrationsprobleme unterschiedlichster Art zu deuten:

Kasten 2: Definition von Sprachmitteln und interkulturellem Vermitteln

Wir lehnen uns in unseren Ausführungen weitgehendst an die von Interpret' entwickelte Begrifflichkeit an: Unter Sprachmitteln (interprétariat communautaire) versteht Interpret': „mündliche Übertragung von in einer anderen Sprache formulierten Äusserung in die Umgebungssprache und umgekehrt, unter Berücksichtigung des soziokulturellen Hintergrundes der GesprächspartnerInnen im Rahmen einer face-to-face Situation“.

Eine interkulturelle Vermittlung (Médiation interculturelle) ist folgendes: *Die interkulturelle Vermittlung beinhaltet die Vermittlung zwischen unterschiedlichen Lebenswelten und Lebensformen im interkulturellen Kontext des Migrationsbereiches. Sie nimmt die Interessen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen wie auch von Einzelpersonen wahr, ermöglicht Begegnungen und sensibilisiert für die jeweiligen Anliegen*“ (Interpret' 2001:4).

Die folgenden Ausführungen beziehen sich – ausser es sei speziell darauf verwiesen – jeweils auf beide Tätigkeiten.

Vorauszuschicken ist an dieser Stelle noch folgendes: Wenn wir den Einsatz von SprachmittlerInnen und interkulturellen VermittlerInnen diskutieren, gehen wir von (im Sinne von Interpret') ausgebildeten und damit professionellen Personen aus. Es geht weniger darum zu diskutieren, welches Integrationspotential der Beizug eines Familienangehörigen in einem Beratungsgespräch hat oder welche integrationshemmende Aspekte der Einsatz der Putzfrau in einem Anamnesegespräch zeigen wird, sondern vielmehr stehen wir vor der Aufgaben zu zeigen, welche theoretischen Argumente sich für die Institutionalisierung von professionellem Sprachmitteln und interkulturellem Vermitteln eruieren lassen.

Verschiedene Studien zeigten, dass seitens von Fachpersonen Kommunikationsprobleme mit MigrantInnen als eines der zentralen und signifikantesten Probleme für die tägliche Arbeit *im Gesundheitsbereich* identifiziert wurden (z.B. Bischoff 2001; Loncarevic und Selva 2001). Konkret werden Kommunikationsprobleme bei Anamnese und für Behandlungsfehler bei Personen mit Migrationshintergrund identifiziert und die Einhaltung medizinischer Standards wird durch Kommunikationsprobleme erschwert (Bischoff et al. 1999; Blöchliger et al. 1998; Métraux 1995; Salis Gross 1997; Stuker 1998).

Mit dem Einsatz vom SprachmittlerInnen und interkulturellen VermittlerInnen im *Bildungsbereich* verspricht man sich konkret eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern. Man geht davon aus, dass neben der Biographie der SchülerInnen die Haltung der Eltern sowie der LehrerInnen einen grossen Einfluss auf den Schulerfolg von Kindern zeigen (Müller 1995; Neuenschwander 1999; Wagner 1995). Ziel ist es letztlich, mittels einer gezielten Eltern- und LehrerInnenarbeit eine Chancengleichheit für alle Kinder zu erreichen.

Im *Sozialbereich* kommen SprachmittlerInnen bei Asylsuchenden zum Einsatz. Postuliert wird im weiteren, dass Gewaltvorkommen seitens

ausländischer Jugendlicher und Rassismus seitens der autochthonen Bevölkerung ebenfalls mit Methoden der interkulturellen Kommunikation gelöst werden könnten (vgl. *le Temps* 13.2.2002).

Allerdings zeigen sich bei näherer Betrachtung einige Spannungsfelder des institutionalisierten Einsatzes von SprachmittlerInnen und interkulturellen VermittlerInnen. Ausgehend von einem kurzen kommunikationstheoretischen Aufriss werden deshalb vier verschiedene Kontrastfelder skizziert, die unsere Thematik eingrenzen und später im Bericht detaillierter analysiert werden.

Bedingungen sozialer Kommunikation

Implizit wird der Einsatz von SprachmittlerInnen und interkulturellen VermittlerInnen mit dem integrativen, weil einschliessenden Charakter sozialer Kommunikation begründet: Soziale Kommunikation ermöglicht eine Integration der Individuen in die Gesellschaft, sei es durch Sozialisation, Enkulturation und damit auch im Rahmen der täglichen Interaktionen. Interaktion und Kommunikation sind für das Leben jedes einzelnen Individuums und für das Funktionieren der Gesellschaft dermassen grundsätzliche wie selbstverständliche Prozesse, dass man sich mit Ihnen erst bewusst auseinandersetzt, wenn sie nicht mehr richtig funktionieren. Erst sich einstellende Kommunikationsprobleme und Missverständnisse lassen uns die Komplexität der ihnen zugrunde liegenden Prozesse erahnen. Der unterdessen sprichwörtlich gewordene Ausspruch von Paul Watzlawick (1974) von der „*Unmöglichkeit, nicht zu kommunizieren*“, geht davon aus, dass letztlich alle sozialen Handlungsweisen von Menschen als Kommunikation zu verstehen sind. Soziale Kommunikation ist deshalb untrennbar mit Interaktion verknüpft und vollzieht sich im Rahmen unterschiedlichster Bedingungen.

Ausgangslage für jede soziale Kommunikation ist, dass die an einer Kommunikation Beteiligten in verschiedene Kommunikationsbedingungen eingebettet sind: Die soziale Lage, das soziokulturelle System und die sozioökonomische Position sind hier genauso relevant wie die Biographie oder auch Raum, Zeit und Kontext, in der eine Kommunikation stattfindet. Idealtypisch soll zwischen drei Dimensionen unterschieden werden:

- *Eine individuelle Dimension*: Hier sind Aspekte wie Biographie, Geschlecht,

Habitus oder Lebenszyklus wichtig.⁶

- *Eine soziale Dimension wie die soziale Schicht oder das soziale Feld:* Die soziale Schicht ist in einem engeren Sinn durch die sozioökonomische Position bestimmt. In weiteren Sinn versteht man die soziale Dimension auch als soziales Feld im Sinne eines mehrdimensionalen Raums von Positionen, innerhalb dessen die Stellung der Individuen Ausdruck der Verteilstruktur von ökonomischen, kulturellem und sozialem Kapital ist (Bourdieu 1985).
- *Kontext:* Faktoren wie Raum oder Zeit oder die Situation, welche auf die Kommunikationssituation einwirken.

Es gibt Faktoren, welche sich transversal durch diese analytischen Dimensionen hindurchziehen. Die Sprache oder auch die Gruppenzugehörigkeiten wären Beispiele für solche Themen, die auf individueller, sozialer aber auch kontextueller Ebene spielen. Soziale Kommunikation findet zwischen Individuen oder auch zwischen gesellschaftlichen Gruppen statt, wobei die drei skizzierten Ebenen jeweils immer aktiv sind und je nach Kontext unterschiedliche Bedeutungen annehmen können. Für das Zustandekommen sozialer Kommunikation ist die zumindest teilweise Übereinstimmung eines Zeichenvorrats oder Referenzsystems zwischen den an der Kommunikation Beteiligten Individuen oder Gruppen notwendig (Prodoliet 2000).

Kasten 3: Kulturkonzept

Wir möchten darauf hinweisen, dass wir von einem zeitgenössischen Kulturkonzept ausgehen, das nichts mit dem Alltagsgebrauch von Kultur zu tun hat und sich auch von traditionellen ethnologischen und soziologischen Konzepten abgrenzt: Man geht unterdessen davon aus, dass ein Kulturkonzept – soll es adäquat gesellschaftliche Realitäten beschreiben können - einigen grundlegenden Bedingungen nachkommen muss: Es muss *gesellschaftlichen Wandel* erklären können, *intrakulturelle Heterogenität* miteinbeziehen und der *Machtgebundenheit von kulturellen Sinngebungen* gerecht werden. Man ist noch immer der Überzeugung, dass Kultur von den Individuen im Lebensprozess erworben wird, nur betrachtet man diesen Prozess heute als offen und nie abgeschlossen. Kultur ist in diesem Sinne die im Lebensprozess von den Individuen erworbene spezifische Disposition, welche zu intersubjektiver Bedeutungsbildung und zu sinnhaftem Handeln befähigt (Wicker 1996b; Wimmer 1996)

⁶ Diese Faktoren haben natürlich auch strukturelle Ausprägungen, zur Frage nach der Erfassung der Dualität zwischen der Struktur und der individuellen Ebene oder Praxis vgl. z.b. Bourdieu (1976).

Diese Zeichensysteme bestehen aus der Sprache, sowie aus Codes, Werten und Normen und kulturellen Bedeutungen und sind auf einer individuellen Ebene Ergebnis von Sozialisations- und Enkulturationsprozessen und stehen in einem kontinuierlichen Modifikationsprozess. Auf einer sozialen Ebene sind sie aber auch Ergebnis eines Aushandlungsprozesses verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und in diesem Sinne implizit ebenfalls Ausdruck von Machtverhältnissen. Aufgrund ihrer Entstehungsbedingungen werden die Zeichensysteme von zwei Personen oder Gruppen sich vermutlich nie gänzlich überschneiden, in Kommunikationssituationen kann einzig eine grössere oder kleinere Übereinstimmung erzielt werden.

Der Einsatz von SprachmittlerInnen und interkulturellen VermittlerInnen wird immer dann aktuell, wenn sich die Zeichensysteme von Individuen oder Gruppen zu wenig überschneiden, als dass eine soziale Kommunikation gewährleistet ist, wenn sich also mit anderen Worten die Referenzsysteme zu wenig ähnlich sind. Der Begriff der kommunikativen Kompetenz – wie z.B. bei Habermas (1985) - zielt auf ein wünschenswertes Repertoire von Fähigkeiten, soziale Situationen angemessen zu interpretieren und in ihnen handeln zu können. Dabei ist die kommunikative Kompetenz bei Habermas nicht nur auf der sprachlichen Ebene zu definieren, sondern sie schliesst die Berücksichtigung der Kommunikationssituation, wie etwa die Rollenverteilung, ebenso ein wie nichtverbale Kommunikationsweisen zwischen den Kommunizierenden.

Gerade weil soziale Kommunikation von vielerlei Einflussfaktoren abhängig ist und neben individuellen Aspekten (z.B. der Sprachkompetenz) immer auch gesellschaftlich determinierte Ebenen wie auch Machtaspekte einfließen (bspw. die asymmetrische Beziehung zwischen Arzt und Patientin) lassen sich vielfältigste Kontrast- und Spannungsfelder für den institutionalisierten Einsatz von SprachmittlerInnen und interkulturellen VermittlerInnen identifizieren.

Kasten 4: Sprache und Kultur

Wir folgen neuen Ansätzen, welche von einer nicht linearen komplexen Beziehung zwischen Sprache und Kultur ausgehen und *Sprache als Teil von Kultur* behandeln: Implizit lehnen wir uns dabei an die Kritik an der früher populären Sapir-Whorf-These an, die davon ausging, dass die Art des menschlichen Denkens durch die Struktur der Sprache, die der Mensch spricht, bestimmt sei (linguistischer Determinismus) und darauf aufbauend postulierte, dass die Unterschiede zwischen den Sprachen sich in unterschiedlichen Weltansichten spiegeln (linguistischer Relativismus). Die Unterschiede zwischen den Sprachen werden heute nicht mehr auf die Art des Denkens, sondern vielmehr auf die Art, Gedanken auszudrücken zurückgeführt (Salzmann 1993).

Spannungsfelder: Zwischen Inklusion und Exklusion

Aus den Bedingungen sozialer Kommunikation und den unterschiedlichen Kommunikationssituationen und –ebenen lassen sich verschiedene Felder skizzieren, in denen sich diese institutionalisierte Tätigkeiten des Sprachmittels und interkulturellen Vermittels bewegen.

1. *Ebene Individuum versus Gesellschaft:* Individuelles Referenzsystem entspricht nicht dem sozialen Referenzsystem

Ein erstes Spannungsfeld zeichnet sich ab, wenn die für eine Kommunikation notwendigen Zeichensysteme zwischen den Individuen oder gesellschaftlichen Gruppen zu stark divergieren: Dies ist dann der Fall, wenn ein individuelles Referenzsystem nicht dem sozialen Referenzsystem entspricht. Ist die individuelle Sprache bspw. nicht die gleiche wie diejenigen der sozialen Dimension oder der Referenzgruppe, so kommt es bspw. zu einem ersten Kontrastfeld. Ein auf eine pluralistische Gesellschaft angepasster Umgang mit Verschiedenheit bedeutet in diesem Zusammenhang eine Öffnung gegenüber neuen Lebenswelten: Dies würde sich hier auf die Sprache beziehen, es könnte sich aber genauso gut auf eine sexuelle Orientierung beziehen. Inklusion heisst folge dessen das zur Verfügung stellen von sprachlichen Kommunikationsmöglichkeiten oder, allgemeiner, von kommunikativen Kompetenzen, z.B. durch Übersetzungshilfen oder interkulturelle Vermittlung. Zu betonen ist allerdings, dass sich solche Kontrastwelten nicht nur auf Personen oder Gruppen mit Migrationshintergrund beziehen, die Spannungsfelder sind quasi den gesellschaftlichen Ausprägungen des 21. Jahrhunderts inhärent.

Andererseits ist zu fragen, warum zu welchen Zeitpunkten welchen gesellschaftlichen Gruppierungen solche Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden und warum gewisse Gruppierungen nicht auf solche einschliessenden Praktiken zurückgreifen können und damit ausgeschlossen werden.

2. *Ebene MigrantInnen:* Integrative soziale Kommunikation versus Verhinderung linguistischer Integration und Selbstethnisierungsprozesse

Es scheint einleuchtend, dass wenn eine gemeinsame Sprache als Kommunikationsgrundlage fehlt, eine Übersetzung eine spezifische Form interkultureller Kommunikation ist und damit eine integrationsfördernde Wirkung hat (Stuker 1998). Ein Sprachmittler wäre in diesem Fall quasi die Brücke zwischen verschiedenen Referenzsystemen. Wenn an einem

Elterngespräch die für die Schule relevanten Spielregeln durch SprachmittlerInnen vermittelt werden und daraus resultiert, dass die ausländischen (und schweizerischen) Eltern ihre Kinder vermehrt bspw. bei den Hausaufgaben unterstützen, so ist von einer integrativen Wirkung auszugehen.

Andererseits ist zu untersuchen, inwiefern eine linguistische Integration durch den institutionalisierten Einsatz von SprachmittlerInnen in Mitleidenschaft gezogen werden könnte, indem die Motivation für den Spracherwerb als solches sinken könnte.

Man könnte sich im weiteren fragen, ob der institutionalisierte Einsatz von SprachmittlerInnen und interkulturellen VermittlerInnen eine Selbstethnisierung und Selbstlinguisierung der MigrantInnen fördert und diese Prozesse nicht letztlich einem gesellschaftlichen Einschluss entgegenlaufen, da neue Kategorien der Exklusion geschaffen werden.

3. *Ebene Fachpersonen und Institutionen*: Kulturalisierung (und Linguisierung) als neue Form der Exklusion versus transkulturelle Öffnung der Institutionen im Bildungs-, Gesundheits-, und Sozialbereich mit einschliessender Wirkung.

Seitens der Fachpersonen bietet die nicht kompetente Handhabung des Einsatzes von SprachmittlerInnen, oder die Möglichkeit, Verantwortung für das Scheitern der Kommunikation auf die SprachmittlerInnen zu übertragen potentielle Gefahren für integrative Ansprüche. Die Institutionalisierung von SprachmittlerInnen könnte unter gewissen Umständen dazu führen, dass Kommunikationsunfähigkeiten bspw. von ÄrztInnen auf die SprachmittlerInnen abgeschoben werden. Auch eine „*Lingualisierung*“ (Kühne 2002:4) von sozialer Kommunikation und sozialen Problemen⁷ hätte angesichts von gesellschaftlichen Ungleichheiten eine desintegrative Wirkung: Nicht alle Kommunikationsprobleme lassen sich schlussendlich auf die Sprache oder die Kultur reduzieren. Fördert das institutionelle Sprachmitteln die Kulturalisierung sozialer Probleme und werden quasi neue Formen des Ausschlusses geschaffen,

⁷ Unter eine *Lingualisierung* oder *Kulturalisierung sozialer Probleme* subsumieren wir alle Mechanismen und Praktiken, die Auffälligkeiten oder gesellschaftliche Probleme einzig auf die Sprache oder Kultur einer bestimmten Gruppen zurückführen und dabei die politischen oder strukturellen Aspekte dieser Probleme vernachlässigen (vgl. auch Kapitel 2.).

oder wirkt im Gegenteil der Einsatz von professionellen SprachmittlerInnen und interkulturellen VermittlerInnen auf Fachpersonen und Institutionen des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereiches zurück, indem eine transkulturelle Öffnung dieser Institutionen initiiert wird?

4. *Ebene Gesellschaft:* Reproduktion und Verstärkung sozialer Ungleichheiten versus Anerkennung und Partizipation

Welche Arten von Lösungen sich auf soziale Kommunikationsprobleme durchsetzen können, sind aber letztlich immer auch Ausdruck des Verhältnisses einer betreffenden Gruppe zur dominanten gesellschaftlichen Gruppe. Letztlich geht es auch um die Frage, ob soziale Kommunikation im Rahmen einer Gleichheit oder Ungleichheit stattfindet. Inwieweit leistet die Institutionalisierung von Sprachmitteln und interkulturellem Vermittlung gesellschaftlichen Stratifikationen Vorschub, indem mit individuellen Massnahmen auf strukturelle Probleme geantwortet wird. Oder kann umgekehrt die Anerkennung der Rolle und des Status von SprachmittlerInnen und interkulturellen VermittlerInnen dazu helfen, gesellschaftliche Ungleichheiten in Bewegung zu setzen und integrative Prozesse auszulösen?

Struktur des Berichts

In den nächsten Kapiteln werden diese Spannungsfelder aus einer theoretischen Perspektive heraus beleuchtet und einer detaillierten und kritischen Diskussion unterzogen.

In den ersten Kapiteln steht die Frage nach *kulturellen Aspekten* von Inklusion und Exklusion im Zentrum: Zuerst diskutieren wir Sprachmitteln und interkulturelles Vermitteln unter der Perspektive einer linguistischen Integration. Insbesondere zielen wir darauf, die Beziehung zwischen Spracherwerb und Integrationsgrad einerseits mit der Diskussion um den Einsatz von SprachmittlerInnen andererseits differenziert darzustellen. Anschliessend werfen wir die Frage nach den Wirkungen von ethno- und kulturspezifischer Arbeit auf. Geklärt werden muss, welche Funktionen Sprachmitteln und interkulturelles Vermitteln im Rahmen von neueren Ansätzen zur Trans- oder Interkulturalität zukommen und inwiefern eine ethnospezifische Arbeit der Kulturalisierung sozialer Probleme Vorschub leisten kann und wie solchen begegnet werden könnten. Gleichermassen stellt sich hier die Frage, ob letztlich nicht gerade ein institutionalisierter Einsatz von SprachmittlerInnen und interkulturellen VermittlerInnen eine solche Kulturalisierung zu verhindern hilft.

Nachher wenden wir uns *sozialen und strukturellen Aspekten* von Eingliederungsprozessen zu: Wie lassen sich der institutionalisierte Einsatz von SprachmittlerInnen und interkulturellen VermittlerInnen unter der Perspektive des Rechts auf Anerkennung, der gesellschaftlichen Partizipation und Chancengleichheit bewerten? Die Öffnung der Gesellschaft für die verschiedenen Gruppen ist eine zentrale Forderung moderner westlicher Gesellschaften: Inwieweit kommt eine institutionelle Verankerung des Sprachmittels und interkulturellen Vermittels diesem Postulat nach?

Ein letztes Kapitel hat zum Ziel, die Hauptergebnisse zusammenzufassen und ein Argumentarium über Zweck des Einsatzes von Sprachmitteln und interkulturellem Vermitteln in synthetisierter Form zu präsentieren. Wir greifen in tabellarischer Form die wichtigsten Punkte auf und betrachten diese unter verschiedenen Blickwinkeln.

1. Sprachmitteln und interkulturelles Vermitteln unter der Perspektive einer linguistischen Integration

Im Mittelpunkt der öffentlichen Äusserungen über Sprache und Integration steht stets die Landessprache und die herrschende Denkfigur ist die, dass die Landessprache zu können die Voraussetzung für eine Integration sei. Hierzu sind sich in ungewöhnlicher Art und Weise die unterschiedlichen Stimmen aus Wissenschaft, Politik und pädagogischer Praxis einig (Reich 2001). Die Beherrschung der ortsüblichen Landessprache wird in der Regel als wichtige Voraussetzung für die Integration im Bildungssystem und in der Arbeitswelt perzipiert. Die nationalen und kantonalen Integrationsberichte und Leitbilder schreiben denn dem Beherrschen der Landessprache einen zentralen Stellenwert und eine Schlüsselposition für den Integrationsprozess zu: Die Fähigkeit, die Landessprache zu verstehen und darin zu kommunizieren ist ein unbestrittenes Kriterium für eine gelungene Integration und deren Förderung ist dementsprechend eine der zentralen Massnahmen (z.B. Arbenz 1995; EKA 1999; Müller 1998). Kenntnisse der Landessprache werden auch als Voraussetzung für eine bessere Akzeptanz der Zuwanderer beurteilt und das Beherrschen der Landessprache ist ein wichtiges Kriterium für eine Einbürgerung. Die Diskussion läuft heute teilweise bereits darauf hinaus, dass man ein Obligatorium, eine Pflicht zum Besuch angebotener Sprachkurse postulieren möchte, indem man unter gewissen Voraussetzungen einen solchen Besuch als Gegenleistung bspw. für den Bezug von Unterstützungsleistungen koppelt (vgl. EKA 1999; z.B. in Luzern 2000).

Die Annahme einer ursächlichen und kausalen Beziehung zwischen Spracherwerb und Integrationsgrad wurzelt im assimilationstheoretischen Paradigma und kann bis auf Gordon (1964) zurückgeführt werden. Dieser legte die ersten soziologischen Studien über Integrationsmechanismen anhand der alten Immigration in die USA vor. Er ging von sieben Dimensionen von Assimilation aus und differenzierte zwischen Akkulturation – die Übernahme von Normen und Werte der Aufnahmegesellschaft – und struktureller Assimilation – der Eintritt in die Kerngruppen und Institutionen der Gastgesellschaft. Eine Akkulturation beinhaltet unter anderem auch eine linguistische Assimilation, das heisst die Annahme oder Übernahme der

Landessprache. Assimilation wurde dabei als einseitiger und unausweichlicher Prozess verstanden, man ging davon aus, dass alle Einwanderer sich mit der Zeit über verschiedene Stufen und Generationenabfolgen hinweg quasi automatisch an die Strukturen der Gastgesellschaft integrieren und die Werte, Normen und auch Sprache annehmen werden. Von diesem klassischen assimilatorischen Standpunkt aus sind

„distinctive ethnic traits such as [...] native languages [...] are sources of disadvantages. These disadvantages negatively affect assimilation, but effects are greatly reduced in each of the successive generations, since native born generations adapt English as the primary means of communication” (Zhou 1997:977).

Im Rahmen dieser Prämissen verfolgt man ein *Einsprachenkonzept*, Mehrsprachigkeit wurde gar als Nachteil für einen Integrationsprozess befunden. Aus diesen – aus heutiger Sicht zu sehr vereinfachenden - Annahmen über Prozesse der Sprachaneignung und -kompetenzen entstand denn auch das Argument, Übersetzung oder Dolmetschen sei für eine Integration kontraproduktiv, weil es die Notwendigkeit und die Bereitschaft zur Annahme der Landessprache mindere.

In diesem Kontext stellt sich die Frage nach einer differenzierten und zeitgemässen Betrachtung der Rolle der Sprache im Integrationsprozess und der Stellenwert von Sprachmitteln und interkulturellem Vermitteln in diesem Prozess. In einem ersten Schritt soll der Übergang vom Einsprachen- zum Mehrsprachenkonzept beschrieben werden, da sich dieser Paradigmenwechsel als relevant für den Einsatz von SprachmittlerInnen erweist. Anschliessend gilt es, einige Überlegungen zum Spracherwerb und zu den verschiedenen Determinanten von Sprachkompetenzen anzustellen. Diese Argumente weisen darauf hin, dass – soviel sei vorweggenommen – der Einsatz von SprachmittlerInnen als etwas Differenziertes zu betrachten ist.

1.1 Vom Einsprachen- zum Mehrsprachenkonzept

Unterdessen hat sich ein Paradigmenwechsel von einem Einsprachen- zu einem Mehrsprachenkonzept vollzogen, der sich auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Facetten zeigt. Diese Wende ist unter anderem dafür verantwortlich, dass dem Sprachmitteln eine neue Rolle zugeschrieben wird.

So gehen neuere oder revidierte Assimilationskonzepte zwar noch immer davon aus, dass der Erwerb der Landessprache erwünscht ist, gleichzeitig hat man aber das *Einsprachenkonzept* verlassen. So meint Brubaker (2001:541):

“One aspect of linguistic assimilation, for example – the intergenerational acquisition of English at levels sufficient to permit success in schooling, occupational mobility, and full participation in public life – is clearly desirable. But note that this is no way the desirability of [...] a subtractive linguistic assimilation – the intergenerational loss of competence in the language of origin“.

Im weiteren postuliert Brubaker (2001), dass unter der Perspektive der Gesamtbevölkerung eine linguistische Assimilation stattfinden kann, ohne, dass auf einem individuellen Niveau jede Person die Landessprache annehmen muss, nämlich durch die Übernahme der Referenzsprache durch die Kinder. In dieser Argumentationslinie wäre Sprachmitteln oder interkulturelles Vermitteln als Übergangslösung einzuordnen, als Integrationshilfe für die nicht sprachkundige MigrantInnen der ersten Generation. Würde man diesen Gedanken weiter verfolgen hiesse dies, dass abhängig von der Herkunft der Einwanderer jeweils andere Sprachen im Zentrum stehen würden. Sprachmitteln könnte zwar als fixe Institution etabliert werden, das Sprachangebot würde allerdings immer wieder wechseln.

Die neue Wertschätzung einer Zwei- oder Mehrsprachigkeit gegenüber findet ihren Ausdruck auch in einigen Integrationsleitbildern: z.B. in demjenigen von Luzern (1999:17) steht folgendes geschrieben:

„Die Mehrsprachigkeit der zweiten und dritten Ausländergeneration ist sowohl wirtschaftlich wie gesellschaftlich eine wertvolle Ressource. Aufgrund ihrer Biographie verfügen Angehörige der zweiten oder dritten Einwanderungsgeneration über besondere Kompetenzen, sich in unserer pluralistischen Gesellschaft zu bewegen. Diese Fähigkeit stellt ein Potential dar, welches in der Verwaltung, im Sozialbereich, im Erziehungswesen, in Wirtschaft und Politik vermehrt genutzt werden soll“.

Mehrsprachigkeit wird nun also als Ressource perzipiert, auch wenn nicht genau ausgeführt wird, wie diese Ressourcen konkret zu nützen wären.

Es waren in erster Linie SprachwissenschaftlerInnen, welche sich in den letzten zehn Jahren mit der Frage nach den potentiellen Ressourcen von Erstsprachen beschäftigten. Auch in dieser Disziplin war der Wechsel vom Einsprachen- zum Mehrsprachenkonzept deutlich zu beobachten: Während bis in die siebziger und teilweise achtziger Jahre die Interferenzforschung im Zentrum des wissenschaftlichen Interesses stand, hat sich in den letzten zehn Jahren die

Forschung (und die Praxis) vermehrt auf Fragen konzentriert, die eine eigenständige Behandlung der Erstsprache zulassen. Hinter der ersten Phase steckte ein erzieherischer Ansatz, bei dem die Erstsprache nicht als wichtige und bedeutsame Grundlage für die Entwicklung des zweisprachigen Kindes betrachtet wurde, sondern als Sprache, die es möglichst rasch zu überwinden resp. zu vergessen galt. Die Bedeutung der Erstsprache wurde im schlechtesten Fall als störend, im besten Fall als stützendes Mittel für den Erwerb der Landessprache betrachtet, wir hatten es hier also mit einem traditionellen Assimilationsmodell zu tun (Müller 1995).⁸

Die Arbeiten zum Bilingualismus zeigten, dass die Spuren wechselseitiger Beeinflussung (und insbesondere der Wechsel von Code zu Code) nicht einfach als Rauschen, Lärm oder linguistische Unordnung interpretiert werden dürfen, sondern im Gegenteil eine bedeutende kommunikative Ressource darstellen, welche bilinguale SprecherInnen – unter gewissen Umständen – bewusst und effizient einsetzen können. Allerdings zeigt sich hier eine direkte Abhängigkeit der sprachlichen Aspekte von ihrem gesellschaftlichen Kontext: Denn diese „bestimmte Umstände“ unter denen der Bilingualismus vom Handicap zum Asset avanciert – setzt voraus, dass dieser von den gesellschaftlichen Institutionen anerkannt wird (Py 1995).⁹

In Bezug auf Sprachenvielfalt wird oft sehr unterschiedlich argumentiert: Auf europäischer Ebene wird Sprachenvielfalt unter Berücksichtigung der eigenen Sprache gefordert und gefördert, während im Zusammenhang mit Zuwanderung

⁸ Viele Forschungen weisen darauf hin, dass die Entwicklung von Kenntnissen der ersten Sprache den Erwerb einer Zweitsprache massgeblich mit beeinflussen, vor allem was die Entwicklung des Wortschatzes betrifft (Matthey und Duchêne 2000:454). Man geht heute von der Interdependenzhypothese aus, die besagt, dass bei der Entwicklung und Ausbildung der Erstsprache eine Sprachkompetenz herausgebildet wird, die als Grundlage für die Entwicklung der Zweitsprache anzusehen ist. Das Niveau der Zweitsprache hängt unmittelbar von dem erreichten Niveau in der Erstsprache ab und kann das Niveau der Erstsprache in der Regel nicht übersteigen. In diesem Sinne ist es bedeutsam, dass z.B. ein Kind neben seinen grundsätzlichen Kommunikationsfertigkeiten zusätzlich noch kognitiv-schulbezogene Sprachfertigkeiten in seiner Erstsprache ausbildet (Müller 1995).

⁹ Dieser Paradigmenwechsel war denn auch in der Ausländerpädagogik zu beobachten. Anfang der achtziger Jahre ging es in der Ausländerpädagogik um die Suche nach Alternativen zum damals vorherrschenden Defizit- und Kompensationsansatz, das Recht auf Zweisprachigkeit löste das Defizitmodell ab, in dem bislang Zweisprachigkeit als „doppelte Halbsprachigkeit“ abgetan wurde (Allemann-Gionda 2000; Steiner-Khamsi 1995).

die „mitgebrachten“ Sprachen und die durch sie gegebene sprachliche Vielfalt im Inneren des Landes keine Rolle spielten, sondern nur noch der Erwerb der Landessprache.

Kasten 5: Wirtschaftliche Bedeutung von Herkunftssprachen

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang neuere Forschungen, in denen der Versuch unternommen wurde, dem häufig als Metapher verwendeten Begriff des „Reichtums der sprachlichen Vielfalt“ einen theoretischen wie auch empirischen Inhalt zu verleihen. Solche Untersuchungen zeigten, dass der Herkunfts- oder der Erstsprache von ImmigrantInnen eine wirtschaftliche Bedeutung zukommt (Grin et al. 2002). Während im traditionellen Assimilationsparadigma die Herkunftssprache der MigrantInnen als Nachteil und als integrationshemmende Determinante betrachtet wurde, drückt die Valorisierung von Immigration Sprachen auf dem Arbeitsmarkt eines Aufnahmelandes eine grundlegend neue Betrachtungsweise aus. Sprachkompetenz erscheint hier als Teil des Humankapitals. Die Ergebnisse der Studien weisen darauf hin, dass die Herkunftssprachen im Arbeitsleben der ImmigrantInnen nicht nur eine wichtige Rolle spielen, sondern in vielen Fällen darüber hinaus ein positiver Zusammenhang zwischen Sprachkompetenz in der Herkunftssprache und dem Einkommen festgestellt werden konnte. Gleichermassen liess sich ein positiver Zusammenhang zwischen dem Durchschnittseinkommen und dem tatsächlichen Gebrauch der Herkunftssprache feststellen.

Allerdings ist anzufügen, dass es immer gewisse Sprachen gab, die eigentlich nie defizitär konnotiert wurden: Als Gegenpol zu den fremdsprachigen Angehörigen unterer Schichten wird bei den ArbeitsmigrantInnen in gehobeneren Positionen selten von mangelndem Deutsch gesprochen: so wird Englisch statt Deutsch zur Arbeits- und Umgangssprache bewegt (Pereira Fleischlin und Kjellström Medici 2001). Auch die Situation von SchweizerInnen in einem anders sprachigen Landeslandteil wird in der Regel nicht als problematisch angesehen und ist kaum je Gegenstand der Sozialen Arbeit, im Gesundheitsbereich oder Bildungsbereich geworden. Es gibt keine Integrationsklassen, Stützkurse oder muttersprachlichen Unterricht für fremdsprachige Schweizer Kinder, im Gegenteil haben oder hatten Aufenthalte in einem anderen Landesteil vor oder nach der beruflichen Ausbildung eine lange Tradition (Kühne 2002). Es sind hier nicht so sehr die Sprachunterschiede als solche, sondern der Unterschied ist derjenigen zwischen hoch bewerteter Mehrheits- und schlecht angesehener Minderheitensprachen. Während für SprecherInnen einer dominanten Mehrheitssprache die Beherrschung einer Zweitsprache als ein zusätzliches Kapital (additive Bilingualität) einen Vorteil darstellte, wirkte sich die Zweisprachigkeit für

Angehörige einer benachteiligten Minderheit bislang häufig negativ aus (substraktive Bilingualität) (Kühne 2000).

Die Anerkennung der Mehrsprachigkeit kann sich aber noch auf anderen Ebenen zeigen: Ergebnisse eines Qualitätsmanagementprojektes in München zur interkultureller Teamentwicklung führten zur Definition eines Qualitätsstandards, dass sich die MitarbeiterInnen bemühen sollen, die Sprachen ihrer wichtigsten Zielgruppen zu lernen und dass die Institution diesen Sprachunterricht (bspw. in Form von Kostenübernahme für die Kurse) fördern soll. Es geht hierbei weniger um die sachliche Übersetzungsproblematik als vielmehr um eine symbolische kommunikative Geste: Ziel ist es letztlich, die NutzerInnen positiv zu überraschen durch das Entgegenkommen in der eigenen Sprache, wodurch Akzeptanz und Sympathie für die MigrantInnen zum Ausdruck gebracht werde (Gaitanides 2001). Dieses Beispiel verdeutlicht den Übergang von einer Definition von Integration als etwas Einseitigem – die MigrantInnen müssen die Anstrengungen unternehmen und sich anpassen – hin zur Perzeption von Integration als bilateralen Prozess.

In Bezug auf den *Einsatz von SprachmittlerInnen* war dieser Paradigmawechsel sehr bedeutsam, da Bilingualismus oder auch die Herkunftssprachen erstmals als Ressourcen perzipiert wurden. Damit wird der Einsatz von Sprachmitteln (und bis zu einem gewissen Grade auch interkulturellem Vermitteln) überhaupt erst denkbar. Gleichermassen wird nun anerkannt, dass die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in gewissen Situationen das Bedürfnis oder sogar das Recht hat, in der Erstsprache zu kommunizieren. Für die SprachmittlerInnen handelt es sich quasi um eine institutionelle Anerkennung des „verbalen Repertoires“ (Py 1995:153) von MigrantInnen. Damit ist das Total der sprachlichen Ressourcen gemeint, über die eine Person verfügt, um sprachlich zu kommunizieren.¹⁰

¹⁰ Allerdings sagen diese sprachlichen potentiellen Ressourcen noch nichts darüber aus, ob SprachmittlerInnen auch noch andere Fähigkeiten mitbringen, die in einer Vermittlungssituation gefordert wären und unter welchen Bedingungen die Sprache die Basis einer Kommunikation für eine Verständigung darstellen soll. Sprache ist letztlich nur eine - wenn auch wichtige - Determinante von Kommunikationsprozessen.

1.2 Sprachkompetenz und Spracherwerb

Linguistische Forschungen zeigten, dass es nicht nur verschiedene Grade des Erwerbs einer Zweitsprache gibt, sondern auch unterschiedliche Sprachkompetenzen, die wenig mit einer Fremdsprachigkeit zu tun haben müssen. Spracherwerb und Sprachkompetenz werden heute als dynamische und in vielerlei Formen und Abstufungen existierende Phänomene betrachtet. Einige Beispiele sollen diese Gedanken verdeutlichen: Das oft zitierte *code switching* oder *mélange de langue*, das in Gesprächen von mit bilingualen Kompetenzen ausgestatteten Personen zu hören ist, wird nicht mehr als Defizit oder als linguistische Unsicherheit, sondern als plurilinguale Kompetenzen perzipiert und ist eine spezifische Form von Sprachkompetenz (Matthey und Duchêne 2000). Aber auch der verbreitete Mythos, dass die hiesige Bevölkerung ihre muttersprachlichen Kenntnisse sozusagen von Geburt an mitbringt und das sogar auf einem entsprechend hohen Niveau, muss heute hinterfragt werden: Einige Studien wiesen auf grundlegende Mängel sprachlicher Kompetenzen der einheimischen Bevölkerung. Es sei auf eine OECD Studie verwiesen, die viele einheimische AnalphabetInnen auswies, oder auf die kürzlich publizierte Pisa-Studie, die den Jugendlichen in der Schweiz ein vergleichsweise schlechtes Leseverständnis attestierte. Letztlich bedeuten diese Ergebnisse, dass auch in der einheimischen Bevölkerung unterschiedliche sprachliche Kompetenzen vorbereitet sind. Es blieb bislang denn auch immer im Dunkeln, welches Sprachniveau genau gefordert wird, das MigrantInnen erreichen müssen, damit man sie als integriert empfindet (Pereira Fleischlin und Kjellström Medici 2001). Gleichzeitig verschärft die Diglossie Situation in der deutschsprachigen Schweiz das Ganze noch zusätzlich: Soziale Kontakte finden in Dialekt statt und ein Ausweichen auf den Standard macht gerade Leuten aus der Unterschicht, mit denen MigrantInnen häufig zusammen arbeiten, grosse Mühe. In diesem Sinn stossen sie auf ein doppeltes Handicap.

Ein Spracherwerb ist sicherlich nicht einfach auf eine Lernanstrengung zurückzuführen wie dies oft getan wird, denn ein Spracherwerb erfolgt nur teilweise über institutionalisierte Wege, d.h. durch den Besuch von Sprachkursen. Das Lernen einer Sprache allein durch Unterricht, ohne ausserunterrichtliche Kommunikation hat stets eine begrenzte Reichweite. Reich (2001) moniert, dass ein Lernen von Deutsch durch institutionelle Angebote einen Integrationsprozess nur unterstützen, aber ihn nicht ersetzen kann. Die Grundlage des Spracherwerbs sind soziale Kontakte, in denen die Referenzsprache gebraucht wird.

In diesem Sinne könnte postuliert werden, dass der Einsatz von SprachmittlerInnen nicht integrationshemmend, sondern gar fördernd wirkt, da er soziale Kommunikation erst ermöglicht. Die InterviewpartnerInnen brachten denn eine Reihe von Argumenten an, die diese These stützen. So meinte ein Experte, dass es für eine ausländische Frau eine integrative Wirkung haben kann, wird eine soziale Kommunikation überhaupt ermöglicht, d.h. kann sie mit jemandem ausserhalb ihres privaten Bereiches kommunizieren, auch wenn die Basis der Kommunikation nicht die Referenz- sondern die Erstsprache ist. Man könnte auch zur Überlegung stellen, wie dies ein anderer Interviewpartner machte, ob die triadische Gesprächs- und Interaktionssituation nicht quasi ein Sprachkurs als solches darstelle: KlientInnen haben eine Simultanübersetzung nicht nur ihrer, sondern auch der Äusserungen ihrer Gegenüber. Ein prekärer Aufenthaltsstatus und eine unsichere Zukunft scheinen jedenfalls die Motivation für den Erwerb der Landessprache stärker zu beeinflussen als der Einsatz von SprachmittlerInnen einen solchen verhindern würde, betonten einige InterviewpartnerInnen.

1.3 Das verbale Repertoire und der Einsatz von SprachmittlerInnen

Wir haben es also auf Seiten der (einheimischen und ausländischen) Bevölkerung mit unterschiedlichen Sprachkompetenzen zu tun. Gleichzeitig erfordern verschiedene Interaktionssituationen auch unterschiedliche sprachliche Fähigkeiten: Eine Orientierung im Alltag ist auch mit geringen Sprachkenntnissen möglich, das Erklären von Krankheitssymptomen bedingt hingegen eine komplexe Sprachvermittlung. Einige InterviewpartnerInnen wiesen denn auch darauf hin, dass es notwendig ist, je nach Kontext über den Einsatz von SprachmittlerInnen zu entscheiden. In Abbildung 1 wurde der Versuch unternommen, diese Determinanten darzustellen und zu erhellen, in welchen Situationen nun SprachmittlerInnen sinnvollerweise eingesetzt werden.

Die vertikalen Achse symbolisiert die in unterschiedlichen Kommunikationssituationen erforderten Fähigkeiten (das „benötigen oder bedürfen“), die horizontale Achse verdeutlicht das unterschiedliche sprachliche Repertoire, das heisst, das Total aller sprachlichen Ressourcen, das zur Verfügung steht oder mobilisiert werden kann (das „haben“).

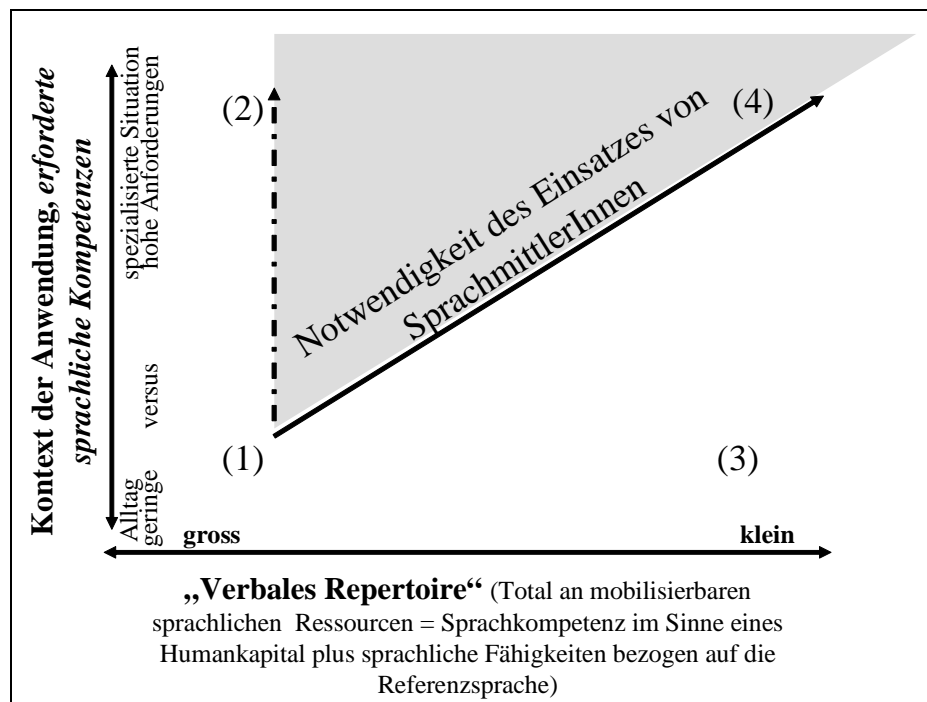
Das sprachliche Repertoire wird in sich von zwei Determinanten gebildet, die in einem Zusammenhang stehen: Es handelt sich erstens um eine

Sprachkompetenz im Sinne eines Humankapitals: Diese hat nichts mit der Fremdsprache zu tun, sondern hängt wie alle gängigen Arten des Humankapitals auch, von anderen Ressourcen und Fähigkeiten ab und ist durch Alter, Geschlecht, soziale Schicht oder Habitus bestimmt (z.B. Bourdieu 1982; Coleman 1991). Die zweite Determinante ist die *sprachliche Fähigkeit, die direkt mit der Referenzsprache in Verbindung steht*.

Idealtypisch wurde im Modell zwischen jeweils zwei möglichen Situationen unterschieden: Der erste Fall (1 und 3) betrifft die Alltagsverwendung der Sprache wie z.B. beim Einkaufen: In diesem Kontext sind die Anforderungen an die sprachlichen Kompetenzen niedrig, die Kommunikationskomplexität ist tief und man kann sich schlimmstenfalls mittels Zeichen- und Körpersprache verständigen. Aber auch andere Situationen sind denkbar. Ein Interviewpartner brachte folgendes Beispiel, dass fremdsprachige Eltern oft sehr gut in der Lage seien – vielleicht auch mit Hilfe ihres Schulkindes – einen Informationsbrief über die Details der geplanten Schulreise zu verstehen. Ob nun eine Person ein grosses oder kleines verbales Repertoire besitzt ist in diesem Zusammenhang zweitrangig. In solchen Fällen wird weitgehendst auf den Einsatz von SprachmittlerInnen verzichtet.

Beim zweiten Fall (2 und 4) haben wir es mit einer Kommunikationssituation zu tun, die sehr viel spezialisierter ist und hohe sprachliche Kompetenzen voraussetzt: Es kann sich um ein Bewertungsgespräch in der Schule handeln, ein Diagnosegespräch in einem ärztlichen Kontext oder um eine Sozialberatung. Besitzt eine Person ein grosses verbales Repertoire und eine hohe sprachliche (Human)Kompetenz, kann unter Umständen auf den Einsatz von SprachmittlerInnen verzichtet werden. Es kann aber auch der Fall sein, dass eine Übersetzung angesichts der hohen Kommunikationskomplexität trotzdem angebracht ist. Gleichzeitig steigen in diesen Kommunikationssituationen die Anforderungen an die (meist schweizerischen) Fachpersonen, die hochkomplexen Kommunikationsinhalte einfach und verständlich zu präsentieren. In der Abbildung ist dieser Fall durch eine *gestrichelte Linie* verdeutlicht.

Abbildung 1: Einsatz von SprachmittlerInnen



Ist das verbale Repertoire eher klein, so scheint eine Übersetzung logisch und unumgänglich. Dies ist vermutlich auch dann der Fall, wenn diese Person über eine hohe sprachliche Kompetenz in der Erstsprache verfügt. Gut gebildete Eltern einer Schülerin mit wenig bilingualen Kompetenzen werden, obwohl sie ein respektierliches Alltagsdeutsch sprechen, von der Komplexität eines schulischen Bewertungsgesprächs möglicherweise überfordert sein.

Mit steigendem Komplexitätsgrad von Kommunikationssituationen erhöhen sich gleichzeitig die Anforderungen an das sprachliche Repertoire (Humankapital und perfekte Bilingualität) der SprachmittlerInnen. Dies verweist einmal mehr darauf, dass diese Tätigkeiten nach grossen Fähigkeiten verlangen.

Um auf die Integrationsthematik zurückzukommen: Es geht in diesem Zusammenhang letztlich auch um die Frage, ob eine fremdsprachige Person, die bei einer ärztlichen Konsultation auf eine SprachmittlerIn zurückgreifen muss um den Fachjargon des Arztes zu verstehen als weniger integriert betrachtet wird, als ein einheimischer Mann, der sich nach der ärztlichen Visite beim Pflegepersonal erkundigt, was nun genau der Arzt gesagt habe. Es geht auch darum, wie solche Fälle letztlich bewertet werden.

Jedenfalls erscheint die Rolle der Sprachkompetenz für den Integrationsprozess aus dieser Perspektive weniger eindimensional, es muss

sogar in Frage gestellt werden, ob es überhaupt Sinn macht, eine Verbindung zwischen diesen zwei Prozessen herzustellen. Es ist nicht weiter erstaunlich, wurde das Postulat, dass der Einsatz von ÜbersetzerInnen die Motivation zur Bereitschaft des Sprachlernens mindere, in allen ExpertInnengesprächen (mehr oder weniger rigide) abgelehnt und zugunsten eines differenzierten Einsatzes von SprachmittlerInnen argumentiert. Wenn wir von unterschiedlichen Kompetenzen und Abstufungen von verbalen Repertoires ausgehen – auf einheimischer wie auch auf zugewanderter Seite – bleibt nichts anderes, als die traditionelle monolingualen Annahmen von Kommunikation zu verlassen.

2. Die Frage der ethno- respektive kulturspezifischen Arbeit

Als einer der zentralsten Einwände im Zusammenhang mit dem institutionalisierten Einsatz von interkulturellen VermittlerInnen wird in der Literatur – und auch von ExpertInnen - die Gefahr *einer Kulturalisierung von sozialen Problemen* einerseits und das Potential *der Fremd- und Selbstethnisierung* andererseits angeführt. Solche Prozesse finden immer dann statt, wenn kulturelle Differenzen zur Erklärung von sozialen Problemen beigezogen werden, wo sie eigentlich keinen Platz haben oder wenn kulturelle Differenzen überhaupt erst konstruiert werden. Es geht hier um die Frage, wann eine ethnospezifische Arbeit sinnvoll ist und unter welchen Umständen sie negative Konsequenzen haben wird. Kulturalisierung und Ethnisierung müssen insofern als desintegrative Tendenzen betrachtet werden, da diese Prozesse nicht zu einer gesellschaftlichen Inklusion, sondern vielmehr einer Exklusion führen.

Der Kultur, den Normen und Werten von Einwanderer wird in allen theoretischen Ausrichtungen zwar ein grosser Stellenwert und ein zentrales Gewicht für den Integrationsprozess zugeschrieben, über die Bewertung hingegen sind die Meinungen geteilt. Die früheren AssimilationstheoretikerInnen koppelten den Erfolg einer ethnischen Gruppe, sich in eine Mehrheitsgesellschaft einzugliedern, direkt an deren Werte und Normen. Sie gingen aber davon aus, dass im Rahmen von sozialem Aufstieg und Mobilität eine Akkulturation und damit die Einebnung kultureller Unterschiede stattfinden wird. Im Mittelpunkt solcher Forschungen standen und stehen teilweise noch immer die kulturellen Interaktionen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen und deren Wirkungen oder Ergebnissen (z.B. Alba und Viktor 1997; Gans 1973; Gordon 1964). Diese Prämissen wurden jedoch seit den sechziger und siebziger Jahren radikal in Frage gestellt. Die Versprechen der AssimilationstheoretikerInnen hatten sich nämlich nicht eingelöst: Kulturelle Differenzierungen schienen eine gewisse Persistenz entwickelt zu haben und Integrationsprobleme hatten sich auch über Generationen hinweg nicht aufgelöst. Die Wahrnehmung von Kultur änderte sich nun aber grundlegend. Konzepte wie kulturelle Identität, kulturelle Herkunft oder ethnische Gemeinschaften rückten nun plötzlich in den Vordergrund und wurden

valorisiert. Jede spezifische Gruppe hatte nun ihre eigene Kultur, ihre Binnen- und Aussenbeziehungen und diese galt es zu untersuchen (Radtke 1996; Vertovec 1999). Von der defizitären, weil integrationshemmenden Wahrnehmung von Kultur schritt man über zur Perspektive, dass Kultur etwas Positives, Authentisches und zu Pflegendes sei, das vor allem in der Funktion eines identitätsstiftenden Faktors für einen Integrationsprozess wichtig ist (Eller 1997).

Die soziale Welt erscheint in diesem Multikulturalismus als Patchwork von verschiedenen, abgeschlossenen und in sich kohärenten Kulturen, weltweit, aber auch in den Immigrationsländern.

„a picture of society as a “mosaic” of several bounded, nameable, individually homogeneous and unmeltable minority uni-cultures, which are pinned on the backdrop of a similarly characterized majority uni-culture. In common parlance these discrete uni-cultures are regularly referred to as “communities”. Uncritical discussions of “cultural communities” give further credence to understandings which posit bounded social collectivities identified by a single, evenly shared set of essential and deterministic values and behaviors” (Vertovec 1999:51).

In diesem Zusammenhang tauchten nun auch erstmals die Tätigkeiten und Berufsfelder von *interkulturellen VermittlerInnen* auf: Im Rahmen des multikulturalistischen Programms mit seinem Akzent auf Differenz entstanden vor allem im angelsächsischen Sprachraum *Community interpreters*, *Cultural interpreting* oder auch *Cultural Brokers*. Von der Idee der Abgeschlossenheit von homogenen Kulturen mit klar definierten Grenzziehungen war es nicht mehr weit bis zur Annahme von Kulturkonflikten und damit auch der Notwendigkeit des Brücken Schlagens zwischen verschiedenen Kulturen. Wer eignet sich nun besser für diese Tätigkeiten als Personen mit Migrationshintergrund, die beide Kulturen gut kennen und zwischen den Systemen und Codes vermittelnd intervenieren und erklärend wirken können.

Kritik an diesen Prämissen und Praktiken liess aber nicht lange auf sich warten. Es formierten sich schon bald WissenschaftlerInnen, die diesen Multikulturalismus aufs schärfste in Frage zu stellen begannen. So meint Radtke (1990), dass im Unterschied zu den USA in der Bundesrepublik Deutschland ethnische Unterscheidungen nicht Teil einer Selbstbeschreibung einer sozialen Basisbewegung von MigrantInnen war, sondern von Ämtern und halbstaatlichen und staatlichen Organisationen vorgenommen wurden. Die ethnische Zuschreibung erfolgte also nicht *bottom-up*, sondern *top-down* und war eine Wirkung von diskursiven und administrativen Praktiken. Mit der

Thematisierung und Hervorhebung ethnischer Differenzen reagierten die Institutionen der Gesellschaft, die mit Integrationsaufgaben betraut waren, auf die Furcht vor einer wachsenden Desintegration der Gesellschaft. Politische und soziale Probleme wurden mit nationalen, kulturellen und ethnischen Unterschieden begründet und EinwanderInnen würden auf diese Art und Weise ausgegrenzt, lautet der Vorwurf. Überträgt man diese Gedanken auf die Institutionalisierung von interkulturellem Vermitteln könnte man diese Tätigkeiten als Ausdruck gescheiterter Integrationspolitik betrachten.

Kritisiert wurde insbesondere, dass sich als Ergebnis dieser Prozesse der Fremd- und Selbstethnisierung sozialer Gruppen in der Sozialpolitik, der Sozialarbeit und den Erziehungsinstitutionen aber auch in der Pflege ein gruppenspezifischer Ansatz verbreitete, der verschiedene Gefahren in sich birgt: Weist man SchülerInnen oder PatientInnen der ersten oder folgenden Einwanderergeneration einer Fallgruppe zu, und versucht man diese anhand landeskundlicher Studien zu verstehen und zu behandeln, so schaffe man sich seine je eigenen „Kulturen“ mit ihren je eigenen Spezifitäten und Problemen. Die Folge ist eine verfehlte und nur vermeintliche Handlungssicherheit, da ein solcher gruppenspezifischer Ansatz den heterogenen Biographien von Eingewanderten nicht gerecht werden kann. Wenn sich LehrerInnen anhand ethnographischer Monographien über die türkische oder albanische Kultur „weiterbilden“ mit dem Ziel sich handlungsrelevante Informationen für den Umgang mit ihren ausländischen SchülerInnen anzueignen ist dies insofern problematisch, als dass die in einer Monographie über ein anatolisches Dorf in den fünfziger Jahren geschilderte Kultur vermutlich nichts mit derjenigen von türkischen Schulkindern zweiter Generation in der Schweiz zu tun hat. Ebenso wie man die Masse der hilfs- oder pflegebedürftigen zugewanderten ArbeitnehmerInnen, der Schwangeren, der RentnerInnen etc. ungeachtet ihrer sozialen und beruflichen Stellung, ihres Bildungsstandes oder ihrer politischen Ausrichtung einer Herkunftskultur zu, als deren RepräsentantInnen sie fürdahn gelten. Anders formuliert: Eine gut gemeinte Integrationspolitik schafft durch die Bildung von neuen kulturellen Kategorien neue Exklusionsmechanismen und Einwanderer werden abermals von der Kerngruppe ausgeschlossen.

Auf den Einsatz von interkulturellen VermittlerInnen übertragen heisst dies folgendes: Wenn LehrerInnen den Einsatz von interkulturellen VermittlerInnen anfordern, weil sie die Probleme mit Schulkindern unreflektiert auf deren kulturellen Hintergrund reduzieren, tragen sie weniger zur Inklusion als zum Ausschluss bei. Ein Interviewpartner meinte, dass LehrerInnen bei Schweizerischen Eltern die vorhandenen Unterschiede ohne weiteres

akzeptieren, die AusländerInnen hingegen oft einfach zusammen in einen Topf werfen würden. Dies ungeachtet der Differenzen, die zwischen Eltern der gleichen Herkunft immer auch bestehen.

Verschiedene AutorInnen wiesen seither immer wieder auf diese sogenannte Soziogenese ethnischer Minderheiten durch die Migrationsforschung und die interkulturelle Praxis hin und kritisierten die Kulturalisierung sozialer Probleme (Auernheimer 1996; Bukow und Llaryora 1998).¹¹ Die KritikerInnen monieren, dass nicht nur alle in solchen Fallgruppen zugeordneten Personen auf unzulässige Art und Weise homogenisiert werden, sondern darüber hinaus ein essentialistischer Kulturbegriff zur Anwendung gelangen würde. Kultur erscheint in diesen Ansätzen vorwiegend als statisches, ahistorisches und essentialistisches Konstrukt, das ziemlich mysteriös zwischen Generationen transferiert wird, von Geschichte und Kontext im Aufnahmeland unberührt bleibt und direkt auf die Gefühle, Werte und Handlungen einwirkt. Auch die deckungsgleiche Verwendung der Begriffe Ethnizität, Kultur und ethnische Gruppe wurde nun abgelehnt (Anthias und Yuval-Davis 1992; Baumann 1996; Hannerz 1995; Wicker 1996b; Wimmer 1996).¹²

Vor allem aus dem angelsächsischen Raum wurden unterdessen viele Beispiele bekannt, in der integrationspolitische Massnahmen einer unreflektierten Kulturalisierung Vorschub leisteten: Solche ethnospezifischen Ansätze sind etwa dann problematisch, wenn im Zeichen von Integration eine Gruppe, die afrikanisches Trommeln fördern möchte, bessere Chancen auf eine Finanzierung seitens der (britischen) Regierung hatte als eine Gruppe, die sich um junge West-Indians in Polizeihaft kümmerte (Anthias und Yuval-Davis 1992). Kultur kann als Vorwand vorgeschoben werden, um entweder

¹¹ Interessanterweise ist seit den achtziger Jahren in der Ethnologie – der „Kulturwissenschaft“ schlechthin – im Anschluss und in Form von Weiterentwicklungen der Arbeiten von Geertz (1983) eine intensive Auseinandersetzung mit und Infragestellung der Repräsentationsmodi und des Wissenschaftsdiskurses im Gange. Einige AutorInnen vertreten die These, dass die Ethnologie ihren Gegenstand, die fremde Kultur, nicht repräsentiert, sondern erfindet: Kultur ist ein Effekt von Darstellungen, die ihrerseits von machtbefrachteten Diskursformationen bestimmt sind. Die Arbeit der EthnologInnen ist immer deutend und produktiv und deshalb auch determinierend (Abu-Lughod 1991; Clifford und Marcus 1986; Hanks 1989).

¹² Die KritikerInnen bezogen sich vor allem auf Barth's (1969) Arbeiten über die Relativität und Kontextualität der Grenzen von ethnischen Gruppen.

Schuldzuweisungen zu machen (die Lehrerin, die einen Übersetzer verlangt damit dieser den albanischen Eltern die Schweizer Kultur erklären soll) oder um strukturelle Verantwortungen abzulehnen oder zu verschleiern und entsprechende Handlungsmöglichkeiten zurückzuweisen (z.B. das Pflegeangebot auch auf die Bedürfnisse von nicht einheimischen Mittelschichtsangehörigen auszurichten).¹³ Etwas überspitzt formuliert: Interkulturelle Vermittlung zwischen albanischen Eltern und schweizerischen Institutionen, die nach Schlägereien zwischen albanischen und schweizerischen Jugendlichen stattfinden, kann das Problem nicht lösen, dass albanische Jugendliche aufgrund einer starken Stigmatisierung keine Lehrstellen finden und arbeitslos sind. Wenn von Seiten der gesellschaftlichen Institutionen kulturelle Kategorien quasi geschaffen werden ist dies insofern problematisch, weil diese dominante Seite die Definitionsmacht innehat und damit auch Macht ausübt und letztlich diskriminiert.

Aus diesen teils massiven Kritiken und emotional geführten Debatten entstanden neue Ansätze, die sich in Abgrenzung zum Multikulturalismus unter den Begriffen Transkulturalität oder Interkulturalität subsumieren liessen: Eine Transkulturalität verpflichtet sich den Ideen der Differenzthese: Einstmalig als homogen perzipierte Kategorien (wie die Kultur der SchweizerInnen, der TürkInnen, die Frauen etc.) werden zugunsten einer Reflektion aufgelöst, welche die Differenzen innerhalb dieser Kategorien (zwischen SchweizerInnen, zwischen AlbanerInnen, zwischen Frauen, etc.) im Zusammenspiel von historischen, sozialen und kulturellen Kontext betrachtet. Darüber hinaus betonen transkulturelle Ansätze das über das kulturelle hinausgehende und die transkulturellen Interaktionen stehen im Zentrum. Transkulturelle Kompetenzen beinhalten deshalb einerseits die Aneignung von soziokulturellem und migrationsspezifischem Hintergrundwissens, andererseits jedoch gleichermassen die Auseinandersetzung mit eigenen Wertvorstellungen und soziokulturellen

¹³ Ähnliches zeigt sich in Hinsicht auf die interkulturelle Unterrichtspraxis: Sogenannt interkulturelle Unterrichtseinheiten wie zum Beispiel „ein Moslem betet“ oder „wir backen (türkisches) Fladenbrot“ tragen über ihre exotisierenden und stigmatisierenden Wirkungen hinaus zusätzlich unreflektierterweise die Privatsphäre (der Eltern: woran sie glauben und wie sie essen) in die öffentliche Sphäre der Schule hinein, anstatt dass die öffentlichen institutionellen Bedingungen (die kantonalen Lehrpläne, die Rahmenlehrmittel, das Selektions- und Promotionsverfahren und die Anstellungsbedingungen der Lehrerschaft usw.) interkulturalisiert wurden (Steiner-Khamsi 1996:361-362).

Hintergründen, welche die transkulturellen Begegnungen prägen (Domenig 2001). Auf einer allgemeinsten Ebene wird die Integrationspolitik als allgemeine Sozialpolitik mit migrantenspezifischem Fokus umdefiniert, wie dies bereits in einigen Ländern geschehen ist (für England z.B. Baumann 1996), um dem Vorwurf der Verdinglichung kultureller Differenzen entgegenzuwirken.

Diese Gedanken haben konkrete Auswirkungen für die Tätigkeiten von interkulturellen VermittlerInnen. Eine inter- oder transkulturelle Vermittlung bedeutet in diesem Kontext nicht mehr eine Vermittlung zwischen zwei Kulturen oder Sprachen: Im Gegenteil sind solche interkulturelle Tätigkeiten unter dieser Perspektive in ihrem Kern universalistisch, sie lösen sich von der Fixierung auf soziale Merkmale wie Ethnizität, Geschlecht und soziale Schicht und setzen beim Individuum an. Folglich bedeutet transkulturelle Kompetenz nicht eine zusätzliche, auf MigrantInnen spezialisierte Kompetenz, sondern professionell kompetentes Handeln im Migrationskontext, oder vielleicht auch einfach eine erweiterte soziale Kompetenz. Es geht also weniger um die Konstruktion von Modellen einzig für MigrantInnen, sondern um den Einbezug von soziokulturellen und migrationspezifischen Dimensionen in der alltäglichen Arbeit. Eine transkulturelle Kompetenz bedeutet, die Person mit ihrem Lebenslauf und ihrer sozialen und psychischen Situation ins Zentrum zu stellen und einfach kulturelle Erklärungsmuster zu hinterfragen.

Von einigen InterviewpartnerInnen wurden denn exakt diese Aspekte hervorgehoben: Ihre Kritik zielte nämlich auf die Kompetenzen von SprachmittlerInnen und interkulturellen VermittlerInnen. Sie argumentierten, dass in der interkulturellen Vermittlung Tätige neben den sprachlichen Fähigkeiten (perfekter oder unperfekter Bilingualismus) oft keinerlei oder wenig fachliche Voraussetzungen für eine Vermittlungstätigkeit mitbringen würden. Bspw. würde ihnen das spezifische Wissen über das Sozialversicherungsversicherungssystem oder über Interventionsmethoden fehlen, professionelles Wissen, das für eine gute Vermittlungstätigkeit unabdinglich sei. Da die Sprache nicht die einzige Bedingung für eine kompetente Vermittlung ist, kann es durchaus vorkommen, dass bspw. eine türkische Frau aus der Oberschicht einem türkischen Mann aus der Unterschicht das Funktionieren des schweizerischen Schulsystems weniger gut vermitteln kann als eine fachlich gut ausgebildete Person irgendeiner Nationalität. Die interkulturelle Vermittlungstätigkeit wird auf diese Weise von der Bedingung des Migrationshintergrundes gelöst und dafür an allgemeine Ausbildungs- und Wissensstandards von in der Sozial-, Bildungs-, oder Gesundheitsarbeit Tätigen gekoppelt. Die Forderung, die in diesem Zusammenhang gestellt wird, ist

diejenige nach einer transkulturellen Öffnung der Institutionen, sei es in Form einer transkulturellen Organisationsentwicklung oder interkultureller Teamarbeit, aber auch durch die Anerkennung von ausländischen Diplomen und beruflichen Fähigkeitszeugnissen (vgl. Kapitel 3).

Es ist erstaunlich, wie wenig in diesen Debatten bisher empirisch argumentiert wurde: Gerade angesichts solcher extremen Pendelschwingungen - von der interkulturellen Vermittlungstätigkeit im Sinne einer eng gefassten Kulturarbeit bis hin zur Kultur unabhängigen professionellen Tätigkeit - wird die Frage nach der Perspektive der Eingewanderten virulent: Wie nehmen die MigrantInnen selbst kulturelle Differenzen wahr, welche Strategien der Gruppenbildung verfolgen sie und in welchen Situationen greifen sie selbst auf kulturelle Kategorisierungen zurück? In welchen Situationen möchten Eingewanderte selbst interkulturelle VermittlerInnen beiziehen? MigrantInnen werden ja letztlich auch von der Aufnahmegesellschaft beeinflusst und können diese ein Stück weit ebenfalls beeinflussen, auch wenn diese Prozesse immer im Kontext von stratifizierten gesellschaftlichen Verhältnisse zu betrachten sind.

Gerade auch für eine fundierte Beurteilung des Tätigkeitsfeldes der interkulturellen Vermittlung könnte solche Wissen interessant und relevant sein und vielleicht einen Weg aus diesen polarisierten Debatten hinaus aufzeigen. Leider existieren nur wenige Forschungen, welche sich diesen Themen zuwandten. Diese zeigten allerdings, dass Selbstzuschreibung ein komplexer Prozess ist, ethno-kulturelle Kategorisierungen in diesen Prozessen zentral sein können, aber auch andere kognitive Schemata wirksam sind.

Studien solcher Art bringen zwar kein neues Licht auf Konzepte der Tätigkeiten wie interkulturelle Vermittlung, lassen aber eine differenziertere Betrachtung zu: Wahrscheinlich geht es darum, kulturell relevante Dimensionen weder zu tabuisieren, noch zum einzigen Kriterium zu machen, sondern vielmehr reflektiert einzubeziehen und einzusetzen, um bspw. die sprachliche Kommunikation zu erleichtern, wie dies ja in den vorhergehenden Kapiteln beschrieben wurde. Welche Perspektive wir immer einnehmen zur Beurteilung der interkulturellen Vermittlung, was bleibt ist, dass hohe Kompetenzen und Fähigkeiten Voraussetzungen sind, um diese Aufgaben kompetent zu erledigen. Und es scheint, dass gerade ein institutionalisierter Einsatz von interkulturellen VermittlerInnen diesem Kulturalisierungsrisiko entgegenwirken könnte: Es handelt sich in diesem Falle um Professionelle mit einer spezifischen Ausbildung.

Kasten 6: Die Perspektive der MigrantInnen

Gerd Baumann (1996) wollte wissen aufgrund von welchen Kriterien sich ImmigrantInnen selbst kategorisieren. Er wählte nicht eine bestimmte Ethnie oder Gemeinschaft als Ausgangspunkt für seine Forschung, sondern er entschied sich für ein räumliches Untersuchungsdesign, nämlich ein Londoner Quartier mit verschiedenen ethnischen Gruppen. Baumann zeigt in seiner Forschung auf eindrückliche Art und Weise, dass die multiethnische Bevölkerung dieses Quartier sehr variable Vorstellungen über die Grenzen der *Communities* hatte, und dass für ihre Kategorienbildung neben ethno-kulturellen Faktoren sehr wohl auch andere Determinanten bspw. die Nachbarschaft relevant sein konnte: „See me friend Jas here” said Phil, an Englishman, and pointed to his drinking-mate at the Railway Tavern Bar, “he is an Asian, but he’s born in Africa, so I’d say he’s an African. And me, I was born in Burma, so I’m the Asian here, aren’t I. And Winston here, you think he’s a West Indian: he’s the only one of us born in this town, so he’s the Englishman born and bred!” [...] the vast majority of all adult Southallians saw themselves as members of several communities, each with its own culture. The same person could speak and act as a member of the Muslim community in one context, in another take sides against other Muslims as a member of the Pakistani community, and in the third count himself part of the Punjabi community that excluded other Muslims but included Hindus, Sikhs, and even Christians. (Baumann 1996).

Andererseits spielten in diesem Zusammenhang quasi kulturalistische oder ethnisierende Kategorien für die Selbstdefinition sehr wohl eine Rolle, weniger im Zusammenhang mit der Definition von community, als vielmehr mit derjenigen der Kultur und den Zugangsmöglichkeiten zu Institutionen.

Auch eine Schweizerische Forschungsgruppe (Wimmer 2002; Wimmer et al. 2000) ging in je einem Quartier in Basel, Bern und Zürich der Frage nach, ob ethnisch-kulturelle Differenzen eine Rolle spielen in der Art und Weise, wie Immigrantinnen Gruppenzugehörigkeiten definieren und ihr soziales Umfeld klassifizieren. Während sich bei den Beziehungsnetzwerken von ImmigrantInnen eine weitgehende ethnische Endogamie feststellen lies, die der multikulturalistischen These von der Persistenz ethnischer Vergemeinschaftung entspricht¹⁴, führte die Analyse der kategorialen Systeme von Einbindung und Ausgrenzung zur Einsicht, dass die Gruppenbildung in der Wahrnehmung der Quartierbevölkerung nicht ethno-kulturell determiniert war. Für die BewohnerInnen von ImmigrantInnenquartieren spielen herkunftsdefinierte Ethnien keine primäre Rolle um die soziale Welt und die massive Umwälzungen der letzten Jahrzehnte zu beschreiben und zu verstehen.

¹⁴ Allerdings weiss man aus der Netzwerkforschung, dass dieses Grundprinzip der Beziehungshomophilie allgemein verbreitet ist und deshalb hier nicht überbetont werden sollte: Frauen und Männer bleiben je unter sich, ArbeiterInnen und ArbeiterInnen, etc. Es handelt sich hier um einen Normalfall schichtspezifischer Segregation.

3. Apports et défis de l'interprétariat communautaire dans le processus d'intégration socio-structurelle

L'intégration socio-structurelle des migrants, qui regroupe les domaines du social, de la santé et de l'éducation¹⁵, constitue un des principaux déterminants d'une inclusion réussie dans la société d'accueil. Afin de définir l'intégration socio-structurelle, il convient de relever que cette notion est le produit de deux politiques d'un Etat, à savoir la politique d'intégration et la politique sociale. La définition de l'intégration socio-structurelle, et ses réponses institutionnelles, reflètent par conséquent les développements qu'ont connu ces deux politiques dans les différents contextes étatiques. Ce que confirme l'interprétariat communautaire, qui apparaît précisément à une période où la conception de l'intégration a changé. Cette pratique est indiquée depuis quelques années, selon plusieurs auteurs comme une réponse possible pour favoriser l'intégration sociale et structurelle à différents niveaux. On peut lire p. ex. que l'interprétariat communautaire permettrait un meilleur accès des personnes allophones aux prestations de services, un meilleur traitement de la part des 'fournisseurs de service', une information plus adaptée, etc. (cf. notamment Bischoff 2001).

Reste à déterminer sous quelles conditions l'interprétariat communautaire peut faciliter l'intégration socio-structurelle, quels éléments sociaux et structurels sont promus, dans quelle mesure et pour qui l'institutionnalisation de cette pratique constituerait un avantage.

Pour répondre à ces interrogations, le passage par les théories de l'intégration est utile à différents titres. Il permet d'identifier la manière dont la question de l'intégration structurelle et sociale a été pensée et comment ce type d'intégration est formalisé aujourd'hui. En d'autres termes, cette mise en perspective théorique nous sert à identifier les éléments déterminants d'une intégration socio-structurelle pour la période actuelle. Ainsi, nous questionnerons si la

¹⁵ L'intégration structurelle comprend également le domaine économique (dont l'indicateur serait l'accès au marché du travail) et politique (participation à la politique et droit de vote) que nous ne discuterons pas dans ce texte.

pratique d'interprétariat communautaire s'inscrit dans les récentes réflexions sur l'intégration ou si certaines critiques formulées à l'égard des anciens modèles d'intégration sont également valables à l'encontre de ces pratiques.

3.1 De la prise en compte des barrières structurelles dans le processus d'intégration

Si la question de l'intégration socio-structurelle occupe aujourd'hui une place centrale dans les discussions sur l'intégration, cela n'a pas toujours été le cas à d'autres époques. Ce débat a été déterminé par trois phases importantes (résumées dans le Tableau 1) qui ont donné des réponses et mesures institutionnelles différentes en termes d'inclusion des migrants. Dans cette section, nous mettrons en parallèle les différentes réponses et rôles de l'Etat par rapport à la pluralité de la société. Nous indiquerons les théories d'intégration qui coïncident aux différents modes d'organisation étatiques que nous discuterons dans le contexte suisse.

a) Assimilation

Dans la perspective assimilationniste, l'intégration est interprétée en termes d'adaptation à la culture d'accueil (dominante) uniquement par les migrants. Les problèmes d'intégration sont perçus comme des déficits de la part des migrants. Cet ancien modèle se représente le processus d'intégration comme un mouvement linéaire formé d'étapes successives et amenant inévitablement le migrant à assimiler la langue, les normes, les us et coutumes du pays d'accueil qui symbolisent une intégration réussie (Gordon 1964). Dans cette période de croissance économique la société nationale paraît incontestable dans sa fonction d'homogénéisation. La situation de plein emploi qui existe à cette époque permet l'intégration structurelle des migrants par le marché du travail, dans la plupart des pays d'immigration, et n'est donc pas estimée problématique. Dès lors, aucune mesure spécifique n'est réalisée pour favoriser la participation et l'égalité des chances des migrants, puisque la responsabilité de l'Etat n'est pas avérée dans ce processus ('Laisser-faire' de l'Etat). Les migrants comme les autres minorités doivent se fondre dans la société majoritaire, dans sa langue, sa culture et son mode de fonctionnement (politique, services, éducation, etc.). Cette politique libérale laisse les fournisseurs de service et les clients allophones résoudre par eux-même leurs problèmes de communication. Dans une telle vision de la pluralité, l'interprétariat n'impliquerait pas la responsabilité et le financement de la société d'accueil.

Tableau 1 - Type d'inclusion et d'organisation¹⁶

Rôle de l'Etat par rapport à la pluralité	Vision de la pluralité	Théorie	Intervention	Organisation	Le cas de l'interprétariat communautaire
Laisser-faire de l'Etat : Pas de prise en compte de la différence	Déficit	Assimilation (1950-1970)	Actions universalistes	Absence de différenciation institutionnelle	Les fournisseurs de service et les clients allophones s'auto-organisent pour communiquer
Protection des minorités : Droit à la différence et égalité des chances, mais distinction entre les groupes minoritaires	Tolérance	Multiculturalisme (1970-1990)	Actions positives (« affirmative action »)	Forte différenciation institutionnelle (institutions parallèles)	Institutionnalisation de services d'interprétariat communautaire exclusifs à certains groupes de migrants et en marge des institutions générales
Encadrement : Vers une adaptation nécessaire, de la part des migrants comme de la société d'accueil, encadrée par l'Etat.	Reconnaissance La pluralité est inévitable et son inclusion demande une adaptation réciproque	Incorporation (>1990)	Actions orientées vers les besoins (utilité) ("Service oriented actions")	Différenciation dans les services et non dans les institutions (institutions générales incluent des services spécifiques)	Institutionnalisation de l'interprétariat communautaire dans les services généraux. Sensibilisation des fournisseurs de service comme des clients à la communication trans-culturelle

¹⁶ D'importantes différences existent entre les contextes étatiques au niveau du passage d'une étape à une autre, de la durée et de l'importance de celle-ci. Le multiculturalisme suisse a commencé par exemple plus tard, par rapport à la Grande-Bretagne, et sa politique de soutien est en comparaison faiblement marquée. Ce tableau se borne à dégager dans les grandes lignes, les principales similitudes pour les pays d'immigration. La description de l'organisation se centre sur la situation suisse et s'appuie sur une étude de Cattacin & Kaya (2001).

b) Multiculturalisme

Or, des changements socio-économiques et politiques mettent en cause la réalité nationale, ce qui conduit à un rapport entre migrants et société négociable du point de vue des identités et des conditions de vie socio-structurelles des migrants dans la société d'accueil. Se pose dès lors pour les migrants la question de leur identité et, pour la société d'accueil, celle de la représentation qu'elle a d'elle-même ('multiculturalisme' ou 'monoculturalisme'). En accueillant de nouvelles personnes sur son sol, la société d'accueil, doit également opérer un mouvement d'adaptation et se doit de protéger ces minorités, comme le note Berry (1994: 419) pour le contexte canadien :

« (...) On n'attend pas des nouveaux arrivés qu'ils fassent tous les efforts d'évolution et d'adaptation : le multiculturalisme officiel au Canada implique un certain degré d'adaptation de la part de la société (*l'évolution institutionnelle*). L'acculturation n'est donc pas, en principe un phénomène à sens unique ».

Les oppositions, qui naissent, déjà depuis la fin des années 1960 en Europe et aux Etats-unis, par rapport au modèle assimilationniste, sont à la base de l'approche en termes de multiculturalisme. Elles relèvent l'importance des mécanismes de discrimination qui sont ignorés, ou dont l'importance est réduite, dans la perspective d'adaptation et d'intégration culturelles : p. ex. les limitations à l'accès aux ressources sociales, tels que le travail, le lieu de résidence, la formation, dues à une hiérarchisation ethnique. La situation de crise identitaire et de croissance économique des années 1960-70, est utilisée par les divers particularismes régionaux et minorités pour se déclarer publiquement. Les minorités et groupes marginaux demandent en regard au racisme et à la discrimination d'obtenir des droits sur la base de l'ethnicité, en vue d'une égalité des chances (Radtke 1990). Cette situation s'accentue dans les années 1980, avec la transformation de l'immigration dont les flux connaissent une importante progression et dont les origines se diversifient (Piguet 2001). C'est de ces revendications qu'est né le modèle du multiculturalisme (Rex 1986). La société idéale revendiquée par ce modèle, postule l'égalité des droits dans le domaine public et la diversité culturelle dans le domaine privé (Rex 1986).

Le rôle de l'Etat, selon cette approche, est de protéger la diversité culturelle par des mesures positives (cf. Anthias & Yuval-Davis 1992). Dans ce cadre, l'interprétariat communautaire serait soutenu par la société d'accueil en tant que droits des minorités à leur différence (comme c'est d'ailleurs le cas en Australie, pays de tradition multiculturaliste) (Wapshere 1994). Il devrait promouvoir l'égalité de traitement entre migrants, mais également entre migrants et autoch-

tones. Dans une version maximale, le multiculturalisme défend la préservation intégrale de nombreux systèmes culturels. Dans une version moins radicale, ce mouvement soutient seulement certaines caractéristiques ethniques découlant du système culturel complet et requiert par conséquent l'apprentissage de la part des migrants de la langue du pays d'accueil (Berry 1994: 417). Le rôle protecteur qu'a l'Etat dans ce cadre, l'amène à développer des mesures et services spécifiques pour répondre aux problèmes des migrants. Contrairement à la perspective assimilationniste, ces mesures ont pour principe de préserver voire de renforcer l'identité ethnique¹⁷. Les actions de l'Etat se sont déroulées en priorité dans trois domaines de politiques publiques : la politique sociale, l'éducation et le travail social. Cependant, l'institutionnalisation de ces mesures et services a été développée par l'Etat de manière parallèle au pays d'accueil¹⁸. Dans cette perspective, l'interprétariat communautaire pourrait représenter une mesure spécifique et être institutionnalisé en marge des services généraux.

c) Incorporation

Depuis les années 1990 environ, un nouveau débat s'impose. Ce nouveau modèle¹⁹ part du constat de mouvements migratoires inéluctables (pour des raisons économiques et démographiques) et de l'internationalisation des politiques d'intégration (Fibbi und Cattacin 2000). Wicker (à paraître) relève que dans cette perspective les migrants ne sont plus désormais perçus comme des indésirables. Dès lors, l'Etat opère une régulation de l'intégration qui ne se cantonne plus à des institutions parallèles, mais se généralise à l'ensemble des institutions. Celles-ci développent des compétences transnationales²⁰ dont le rôle est de favoriser la compréhension mutuelle.

¹⁷ Cette prise en compte des particularités et ces mesures spécifiques ont également amené à l'apparition de nouvelles pratiques, dont l'ethnopsychiatrie est un exemple.

¹⁸ L'organisation et l'intervention étatique diffèrent à ce niveau entre les différents contextes. En Grande-Bretagne p. ex., le mouvement d'«Affirmative action», dont la racine se trouve dans le modèle multiculturaliste, n'a pas donné lieu à des institutions parallèles. Au contraire, ces mesures spécifiques étaient inscrites dans les institutions générales.

¹⁹ Ce modèle est développé par les théories dites de l'«incorporation» (cf. notamment Vertovec 1999).

²⁰ Dans la littérature, ces compétences sont appelées aussi transculturelles (cf. Domenig 2001).

« Ein solches Integrationsverständnis erlaubt das Abschieben von Integrationsaufgaben an Parallelinstitutionen nicht mehr. Insbesondere Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsinstitutionen sehen sich deshalb vermehrt verpflichtet, ihre Angebote so zu gestalten, dass Zuwanderer und deren Kinder zu diesen einen der schweizerischen Bevölkerung ebenbürtigen Zugang haben. Entzogen sich Regelinstitutionen bis anhin der Pflicht, ihr nationales Selbstverständnis in Frage zu stellen, so sind sie nun gefordert, jene transnationale Kompetenz zu entwickeln, deren die Versorgung einer kulturell und ethnisch heterogenen Klientele bedarf. Solche Bemühungen werden nicht zuletzt durch bestehende Antidiskriminierungs- und Antirassismusgesetzgebungen gestützt » (Wicker à paraître: 33).

Selon ce modèle, l'intégration n'est plus seulement perçue comme l'affaire individuelle des migrants, mais le reflet surtout des conditions (en termes d'inclusion et d'exclusion) régulées par la société d'accueil. Etant donné que le marché du travail ne réussit plus à inclure l'ensemble des personnes et à jouer son ancien rôle intégrateur, l'intégration socio-structurelle des personnes doit être régulée par l'Etat. Dans ce cadre, le rôle de l'Etat consiste moins à protéger les minorités et à réglementer l'organisation entre elles, et d'avantage à encadrer l'inclusion des minorités à la société d'accueil. Si cette perspective se confirme pour une part des migrants européens, Wicker (à paraître) souligne toutefois que pour d'autres, comme les migrants extra-européens et surtout pour ceux relevant de la politique d'asile, l'intégration n'est toujours pas souhaitée. Par conséquent on peut supposer qu'étant donné que les migrants subissent un traitement différentiel selon leur statut, l'Etat aurait un devoir protecteur encore pour certains, même si cette protection ne vise pas forcément pour tous (requérants d'asile, personnes au titre d'un permis provisoire) l'intégration. Dans cette approche, l'interprétariat communautaire serait soutenu également par l'Etat et devrait être institutionnalisé de manière transversale dans les services généraux. Il devrait servir à un rapprochement des deux parties (autochtones-migrants) dans un mouvement qui devrait être multilatéral et réflexif.

Les étapes majeures des discussions sur l'intégration (cf. Tableau 1) tendent à indiquer une progression de la prise en compte par l'Etat de la pluralité de la société. Cette évolution représenterait dans ce sens un progrès pour l'inclusion des migrants qui reste encore à vérifier. Comme la définition de l'intégration socio-structurelle, les critères d'une intégration réussie ont également évolué selon les époques.

3.2 Critères d'intégration socio-structurelle : réciprocité, droits et égalité des chances

Dans cette section, nous quittons la perspective chronologique des théories sur l'intégration et retenons de manière transversale les critères fondamentaux permettant de définir l'intégration socio-structurelle des migrants dans la période actuelle et dans le contexte suisse. Pour la période actuelle, les critères principaux d'intégration dans la politique sociale et d'intégration en Suisse sont : a) l'ouverture de la société d'accueil, b) la reconnaissance liée à des droits, c) l'égalité des chances.

a) Ouverture de la société d'accueil et adaptation réciproque

Dans cette perspective récente, où l'intégration est appréhendée comme une articulation entre les caractéristiques individuelles des migrants et les potentialités d'intégration offertes par la société d'accueil, le processus d'intégration implique une adaptation réciproque entre les migrants et la société d'accueil.

Lien avec l'interprétariat communautaire : cette pratique représenterait une aide à la fois pour les fournisseurs de service et pour les migrants. En effet, cette pratique, si elle est reconnue d'un point de vue institutionnel, met en évidence que l'incompréhension est de part et d'autre. Cela placerait davantage 'client allophone' et 'fournisseur de services' et, de manière générale, migrant et autochtone, sur un pied d'égalité, ce qui permettrait une coopération entre les deux parties. L'interprétariat communautaire peut servir à mieux équilibrer les pouvoirs et permettre de quitter la perspective voulant que 'seul le client ne comprend pas le fournisseur' (Bischoff 2002 : 142).

« L'information [par l'interprète] nous apporte dans la séance des choses qui sont bonnes, qui fonctionnent, des choses qui sont encore entières et qui le [patient] sortent un peu de la situation du patient, et nous de thérapeutes [...] c'est justement de donner la possibilité au patient et au thérapeute de se retrouver dans une situation plus égalitaire » Focus group de professionnels de la santé travaillant avec des interprètes à Lausanne (Guex & Singy 2000 cités dans Bischoff 2002 : 142)

b) Reconnaissance et droits

La notion de reconnaissance et de droits à la diversité culturelle est née de la perspective multiculturaliste (Anthias und Yuval-Davis 1992; Taylor 1993). Le droit à la différence culturelle postule le droit de conserver l'héritage culturel composé notamment de la langue maternelle, de l'appartenance religieuse, des pratiques rituelles, du type de structures familiales. Dans ce cadre, la réflexion

scientifique autour des mécanismes d'intégration amène à considérer les différences ethniques comme fondamentales pour exorciser leur portée sociale et permettre une mobilité sociale.

En Suisse où l'acquisition de la nationalité se fait par la filiation (*Jus sanguinis*), l'immigré est dans une position qui le distingue automatiquement de l'autochtone. La visibilité de l'étranger en ressort accrue ce qui rend le processus d'intégration plus difficile. Par ailleurs, cette distinction a pour conséquence également la 'non prise en compte' des besoins spécifiques des migrants jusqu'à récemment.

Lien avec l'interprétariat communautaire : professionnaliser l'interprétariat communautaire témoignerait de la volonté de la part de la société d'accueil, de prendre en compte le point de vue et l'expérience de l'« autre ». Cette prise en compte engendrerait un sentiment de reconnaissance de la présence de l'« autre » et, de ses attentes. De cette reconnaissance et attention à son égard, ainsi que, selon Bischoff, en raison de la présence de deux personnes à son écoute, le patient/client allophone se sentirait valorisé :

« (...) The health professional can also make use of the opportunity presented by having a partner whose mere presence can give the patient a sense of being valued, because now there are two people dealing with and trying to understand him/her »
(Bischoff 2002 : 142)

Pour être complète, cette reconnaissance impliquerait également de reconnaître l'activité d'interprète communautaire. Actuellement, les moyens qui sont utilisés pour pallier les problèmes de compréhension relèvent encore du 'bricolage', selon la littérature sur ce sujet et l'ensemble des personnes interviewées. Nous pouvons avancer l'idée que cette situation place dans une certaine mesure les interprètes communautaires dans une forme d'« exploitation », puisque la société d'accueil profite du fait que leurs diplômes ne soient pas reconnus, sans leur offrir des conditions viables pour exercer cette activité. Il existe de fait une importante hétérogénéité dans la fréquence et le type d'interprétariat : utilisation des services d'un interprète formé ou non formé (p. ex. ami, membre de la famille, membre du personnel de l'institution²¹), utilisation systématique ou occa-

²¹ Un des experts interrogés relève p. ex. que malgré leur ampleur, certains grands hôpitaux cantonaux continuent d'utiliser les services du personnel de nettoyage de l'institution pour

sionnelle des services d'un interprète lors de l'interaction avec une personne allophone. De manière générale, les interprètes communautaires ne peuvent vivre de cette pratique et doivent faire face à des conditions de travail précaires même s'ils sont rémunérés (p. ex. travail sur appel, flexibilité des horaires). La plupart du temps, la personne allophone et le fournisseur de services sont, en fait, laissés à eux-mêmes et doivent se 'débrouiller' pour pouvoir communiquer. Ce 'laisser-faire' témoigne d'un manque de reconnaissance et de considération tant pour les personnes allophones, que pour les personnes servant d'interprètes et les fournisseurs de service. On peut reprendre l'argumentation de Wicker mentionnée supra, voulant qu'une fois la nécessité de la migration reconnue, l'Etat tendrait à réguler des offres d'aides aux migrants qui seraient transversales aux institutions générales. Ainsi l'institutionnalisation représenterait un pas vers la reconnaissance.

La reconnaissance doit encore impliquer une dimension supplémentaire, qui a favorisé notamment l'apprentissage linguistique. Dans les différentes organisations de migrants, il existe des personnes-clé chargées de différents services et prestations qui jouent un rôle important dans le processus d'inclusion des personnes d'origines étrangères. Une étude exploratoire sur des associations ethniques dans la ville de Zürich a montré qu'une grande partie des activités que de telles associations mènent à côté des manifestations culturelles, consiste en un travail de conseils, d'informations et de coordinations : ces prestations sont désormais, de plus en plus connues par les institutions municipales : il arrive p. ex. que la police oriente directement des migrants vers leurs associations ou centres afin qu'ils y trouvent les informations dont ils ont besoin. Il est vrai d'ailleurs que ces lieux sont les seuls en ville où une personne allophone peut recevoir des informations importantes dans sa langue d'origine. Cette entraide entre migrants joue un rôle émancipateur certain, malgré le fait qu'il ne soit pas jusqu'à présent reconnu. De fait, ces organisations de migrants, ainsi que les personnes-clé qui peuvent être comprises comme des médiateurs interculturels, ne reçoivent qu'exceptionnellement un financement (Dahinden 2000). Reconnaître en soutenant les différentes offres d'entraide bénévole, permettrait d'assurer la durabilité de tout un travail effectué jusqu'à présent en marge de l'appui de l'Etat.

effectuer des traductions (orales), sans que ce travail ne soit pour autant reconnu dans leur fonction, ni déduit du reste de leur tâche.

Enfin, la reconnaissance devrait être accompagnée pour être effective de bases légales et implique nécessairement des droits. De fait, l'attention particulière et la réflexion portées à ces pratiques depuis quelques années, sont nées du sentiment que les migrants vivaient une situation faisant entorse aux droits des individus et de la volonté de combattre cette injustice. Ces pratiques sont le produit de revendications concernant le 'droit à communiquer dans sa ou ses langues', 'à une information égale entre tous les résidents' et 'à être compris et à comprendre'. Cette réclamation dépasse la question de droits antidiscriminatoires qui seraient propres aux minorités, elle repose sur les droits de la personne humaine et sur l'obligation d'un Etat de droit. Dans ce sens, il s'agit d'un droit non seulement pour les personnes allophones (quelle que soit leur origine), mais également pour les fournisseurs de service qui ont le devoir de part leur fonction, et donc le droit, de connaître les besoins et la situation de leur client, afin de pouvoir adapter leurs prestations de service.

Ce droit n'est pas encore acquis en Suisse pour favoriser l'intégration, mais il est en revanche réglementé lorsqu'il a un rôle juridique et de défense, dans la Constitution fédérale et dans la loi sur l'asile qui prévoit l'assistance d'un interprète lors des auditions de requérants d'asile (cf. Weiss & Stuker 1998 : 15-16). Comme le signalent ces auteurs, l'accès au système judiciaire est relativement bien réglementé, mais fait défaut dans les prestations publiques. Pourtant, cette « inter-compréhension » (Perregaux 1998) semble tout aussi nécessaire dans les autres domaines, dans la mesure où elle tempérerait les positions, de part et d'autre, durant l'interaction, mais également à plus long terme entre les groupes et éviterait ainsi les jugements hâtifs et les préjugés.

Kasten 7: Le cas particulier de l'asile

Plusieurs experts dans le domaine supposent, sans pouvoir s'appuyer sur des données empiriques que l'interprétariat communautaire serait davantage utilisé dans le domaine de l'asile. Cette hypothétique plus forte utilisation parmi les migrants d'asile pourrait s'expliquer par le fait que cette population présente des problèmes plus visibles et plus aigus, dus aux traumatismes de guerre et aux violences endurées lors de l'exil. Ces troubles auraient d'ailleurs, selon un expert, des conséquences à long terme sur la communication, car même les personnes maîtrisant bien la langue d'accueil dans les situations de la vie quotidienne, nécessiteraient un interprète dans des situations thérapeutiques. Etant donné par ailleurs que chaque requérant d'asile doit être, selon la loi, accompagné d'un interprète, s'il ne parle pas la langue officielle du canton de résidence, représente une autre explication possible à un usage plus important d'interprètes parmi cette population.

Dans ce dernier cas, l'usage d'interprètes communautaires permet à la société d'accueil d'analyser les motifs d'exil des requérants d'asile et à ceux-ci de défendre les raisons de leur demande d'asile, mais il ne vise pas à proprement parler leur intégration. Dans ce cas cependant, l'apport réciproque à la fois pour la société d'accueil et pour les migrants apparaît évident, alors que dans les autres domaines (santé, éducation, social) et dans une perspective d'intégration, il est davantage perçu comme un apport unilatéral (en faveur des migrants).

La question de l'intégration n'est en fait pas problématisée pour les requérants d'asile, sinon par l'aide au retour, puisque leur séjour est pensé comme temporaire. Dans ce sens, l'usage pour ces personnes d'un interprète communautaire ne vise pas leur inclusion à la société d'accueil, mais à limiter les risques de les précariser davantage, dans l'attente de leur retour dans leur pays d'origine. Dans la nouvelle loi sur l'asile, une modification à ce sujet a été cependant ajoutée pour les réfugiés, afin d'encourager indirectement les cantons à penser l'intégration des réfugiés amenés à séjourner sur une longue période (cf. l'avant projet de révision partielle de la loi sur l'asile).

Néanmoins, on peut supposer que l'utilisation régulière des services d'un interprète communautaire professionnel avec des personnes relevant de l'asile, peut indirectement servir à sensibiliser les fournisseurs de service à la question de la migration en général. Par ailleurs, le processus d'asile dure souvent plusieurs années avant d'aboutir à un permis stable et de ce fait l'apport de l'interprétariat communautaire pourrait se réaliser a posteriori.

Enfin, il reste à déterminer dans quelle situation cette pratique permet l'inclusion à la société d'accueil et pour quels groupes. Pratiquement tous les experts interviewés relèvent la nécessité d'utiliser l'interprétariat non seulement dans les situations de crise (échec scolaire, maladie grave, conflits, etc.), mais également dans des cas de 'routine'. Selon la plupart des personnes interviewées, ce sont les situations d'informations générales vidées de la pression d'un enjeu immédiat (comme p. ex. l'introduction au fonctionnement du système scolaire, au système de prestations sociales, etc.) qui favorisent les principes d'intégration, car elles permettent non pas de réagir à un problème, mais de réfléchir de manière posée sur le long terme. Or, plusieurs informateurs signalent que trop souvent encore les interprètes sont utilisés par les fournisseurs de ser-

vice pour se décharger d'une question délicate à traiter et se déresponsabilisent ainsi de leur rôle. Dans cette perspective, l'usage d'interprètes est instrumentalisé à des fins personnelles et fonctionnelles. Les fournisseurs de service, comme l'institution n'utilisent pas les interprètes communautaires pour effectuer un travail réflexif sur leur position et aucune ouverture vers l'autre, en termes d'adaptation à la perspective du client allophone, n'est recherchée. La professionnalisation des interprètes communautaires serait un garde-fou à ce type de dérive : ainsi, l'interprète serait amené à mieux connaître son rôle et ses limites. La professionnalisation des interprètes communautaires devra donc aboutir à la définition de critères clairs d'utilisation. Ces critères pourront reposer sur les deux axes évoqués dans la partie 1, soit le répertoire verbal de la personne et la situation d'interaction. Si le répertoire verbal est peu élevé, l'usage d'interprète devrait être envisagé aussi dans des situations ordinaires, orientées sur le long terme.

En d'autres termes, l'interprétariat communautaire devrait s'adresser à l'ensemble des groupes de migrants, en fonction de leur besoin, pour éviter les risques d'instrumentalisation à d'autres fins que celle de l'inclusion. Il serait envisageable en revanche d'encourager davantage ces services parmi les migrants n'ayant trouvé une place sur le marché du travail, qui représente le vecteur classique d'inclusion. Enfin, le choix de groupes linguistiques davantage représenté en Suisse ne nous semble pas judicieux dans la mesure où il risque de stigmatiser certains groupes au profit d'autres. La focalisation sur des groupes ethniques représentent, comme mentionné dans les parties précédentes, un des défis de l'interprétariat communautaire, afin d'éviter le risque d'attribuer à la culture ou à la langue des problèmes sociaux.

c) Egalité des chances et égalité de traitement

Accéder à toutes les sphères de la vie sociale constitue un autre critère d'intégration socio-structurelle. On caractérise un groupe de personnes issues de la migration comme structurellement intégré, si ce dernier est représenté de manière similaire à la population d'origine nationale aux différents échelons de la hiérarchie de formation, dans les différentes branches d'activité économique et aux différents niveaux hiérarchiques, enfin si la participation sociale se concrétise.

tise par la ressemblance d'un certain nombre de caractéristiques et de pratiques sociales (Piguet 2001)²².

Lien avec l'interprétariat communautaire : cette pratique comporte ici deux avantages : elle donne un sentiment de sécurité et permet une égalité de traitement. En abaissant les barrières linguistiques, on suppose qu'un des principaux apports de l'interprétariat communautaire consiste en la promotion de l'accès aux prestations de service parmi les personnes allophones. Parce que d'une part certains migrants se méfient des institutions suisses qu'ils associent parfois aux autorités policières, et d'autre part, parce qu'une situation d'interaction, dans une langue que l'on ne maîtrise pas, peut être stressante, un interprète prodiguerait un sentiment de *sécurité* et de *bien-être*. Cette perspective s'insère dans le concept de multiculturalisme comme le relève Berry (1994: 417) :

« La déclaration de multiculturalisme de 1971 [au Canada] suggérait que la confiance de chacun en sa propre identité était une pré-condition plausible à l'acceptation des autres »

La citation suivante d'un des experts interviewés va dans ce sens :

« Cela évite que les personnes paniquent à l'idée de rencontrer un professionnel et les rassurent sur le fait qu'ils arriveront à transmettre ce qu'ils ressentent. Cela amène un sentiment de sécurité et un certain bien-être qui leur permettraient de garder un bon état d'esprit pour poser leur repère ici »

L'interprétariat communautaire permettrait en outre d'assurer une *égalité de traitement* ce qui aurait pour conséquence d'améliorer la qualité des soins ; de favoriser l'implication des parents dans le parcours scolaire de leurs enfants ce qui est un des premiers moteurs de leur motivation et augmenterait ainsi leur réussite scolaire ; d'augmenter leur participation durant l'interaction et leur *compliance*. Professionnaliser l'interprétariat communautaire permettrait de généraliser l'utilisation des services d'interprètes à d'autres domaines et institutions et d'augmenter ainsi les possibilités d'accès des personnes.

Une des critiques souvent avancées à l'égard de l'interprétariat réside dans la réponse davantage individuelle que structurelle qu'impliquerait cette pratique. A

²² Cependant, la mesure de l'intégration ne peut être réalisée qu'en procédant à une réduction du concept d'intégration. Ainsi les présents indicateurs ne prennent pas en compte les aspects culturels et micro-sociaux, tels que les indicateurs de discriminations.

long terme, l'interprétariat communautaire ne fait sens en effet en termes d'inclusion que s'il est accompagné d'autres mesures²³ : d'une part, il faudrait aider les personnes d'origine étrangère à conserver leur langue d'origine entre les générations et, dans le même temps, les soutenir pour qu'elles apprennent la langue du pays d'accueil, ce qui requiert de leur offrir des cours de qualité ; d'autre part, les personnes d'origine étrangère devraient connaître de manière générale une mobilité professionnelle équivalente à celle des autochtones. Ainsi, les postes de fournisseurs de service devraient compter idéalement un nombre, de migrants et d'autochtones, proportionnel à leur nombre total en Suisse.

L'exemple des italophones éclaire les avantages que pourrait représenter la promotion de fournisseurs de service de plusieurs langues différentes, incorporés dans les services généraux. Etant donné que l'italien est une des quatre langues officielles en Suisse, la question de la compréhension linguistique n'a pas posé les mêmes problèmes pour les migrants italiens que pour d'autres migrants : tous les documents officiels sont traduits dans cette langue et il existe des fournisseurs de services italophones. Depuis quelques années, des tentatives de mesures inclusives, incorporant dans les institutions générales, des services spécifiques, sont nées. Un des experts interviewés cite l'exemple d'écoles qui incluent dans leur structure, les cours de langues et cultures du pays d'origine et dont les enseignants font partie du corps professoral général. Lors des réunions de parents d'élèves, la participation de ces enseignants favoriserait, s'ils maîtrisent suffisamment les deux langues (du pays d'origine et d'accueil), la présence régulière des parents d'origine étrangère lors des rencontres scolaires. Une telle inclusion pourrait représenter une solution intéressante et promouvoir des compétences transculturelles.

Reconnaître les diplômes étrangers permettrait la mobilité socio-professionnelle de beaucoup de migrants et favoriserait un accès équivalent entre autochtones et migrants aux différentes fonctions de fournisseurs de service. Cependant, cette mesure ne pourrait se soustraire complètement à l'interprétariat communautaire, le nombre de professionnels étrangers n'étant pas suffisamment élevé par rapport à la demande, comme le souligne Bischoff (2002 : 131). Par ailleurs, il n'est pas certain que cette possibilité évite le risque de 'culturalisation' souvent reproché à l'interprétariat communautaire et qu'on puisse faire

²³ Sans compter ici les mesures relatives à la société d'accueil (autochtones) p. ex. la sensibilisation à la différence, la formation à des compétences transculturelles.

l'économie d'une sensibilisation des fournisseurs de service en vue de compétences « transculturelle », comme le souligne une des expertes interviewées :

« Je pense qu'orienter les personnes vers des professionnels étrangers serait une ghettoïsation de ces personnes aussi bien pour les clients que pour les professionnels. Le client doit pouvoir s'adresser à un professionnel avec qui il s'entend bien. Et puis, il ne suffit pas d'être étranger pour pouvoir se comprendre »

Toutefois, il s'agit d'éviter que l'interprétariat communautaire, en tant que nouvelle catégorie professionnelle, puisse écartier les migrants du marché national du travail et représenter une exclusion en les cantonnant à cette filière professionnelle spécifique. Le faible nombre d'heures de travail, qu'effectue en moyenne un interprète actuellement, permet de penser que cette activité ne sera pas substantielle. Dans un même ordre d'idée, il s'agit de garantir – et l'institutionnalisation représente un moyen – que les services proposés ne correspondent pas à une moins bonne offre de prestation que celle octroyée au reste de la population. Il doit s'agir d'une offre supplémentaire, permettant de mieux profiter des services existants pour tous et non d'une substitution de services. Comme le signalent les deux experts suivants :

« Meist sind es ja Leute, die ein Uni-Diplom haben, dieses hier nicht anerkannt ist. Und durch diese Dolmetschersache erhalten sie zwar eine gewisse Anerkennung, aber die ist sehr prekär, eigentlich handelt es sich um ein Mittelding zwischen Freiwilligenarbeit und bezahlter Arbeit. Sie verdienen sehr wenig, davon leben kann niemand, und reich werden sie schon gar nicht. Wir nützen hier eigentlich eine Ressourcen resp. Wertschätzen eine Ressource, ohne ihre Diplome anerkannt werden und lösen damit die strukturellen Probleme nicht im geringsten. »

« On rend service en faisant quelque chose de 'culturellement adapté', il faut donc veiller que ce ne soit pas des services 'au rabais' »

En bref, la possibilité d'incorporer des fournisseurs de services détenant des diplômes étrangers se heurte à la politique actuelle qui refuse des équivalences. En revanche, l'interprétariat communautaire ne remet pas en question la politique en cours. Cette pratique s'avère, par conséquent, une mesure pragmatique, facile à mettre en œuvre et peu dérangeante d'un point de vue structurel.

Vers quelle institutionnalisation ?

Si la Suisse représente un modèle de coexistence entre minorités (autochtones) et de respect mutuel de la pluralité, ce pays n'accorde pas le même traitement à ces minorités nationales et à celles étrangères (Mahnig 1999). On peut s'étonner de cette lenteur à proposer des mesures spécifiques pour les minorités migrantes. En Suisse, ces mesures sont apparues seulement à partir des années 1990 pour le domaine de la santé et dix à vingt ans plus tôt dans le domaine de l'éducation et du social, mais pas de manière standardisée ni uniforme entre les cantons (Cattacin & Kaya 2001). La perspective d'institutionnaliser l'interprétariat communautaire coïncide avec la prise de conscience progressive de la Suisse par rapport à son appartenance aux pays classiques d'immigration et au caractère inévitable de la pluralisation de la société.

Par ailleurs, l'institutionnalisation de cette pratique correspond à l'évolution de l'état social et du service public. Soucieux d'efficacité, les services publics sont tenus de s'adapter aux besoins des clients afin de proposer une meilleure qualité des services. Ils demandent une importante rationalisation, mais aussi une flexibilité et autonomie de leurs actions (Hablützel 1995). L'institutionnalisation de l'interprétariat communautaire s'inscrit dans cette perspective, car elle vise à mieux s'adapter aux besoins des clients et à réduire les coûts relatifs aux problèmes de communication. Dès lors, l'institutionnalisation signifierait la reconnaissance des besoins des personnes allophones comme des fournisseurs de service ; la reconnaissance de l'activité professionnelle des interprètes communautaire et par conséquent la réalisation d'une formation standard et reconnue, ainsi que leur rémunération ; enfin l'ancrage institutionnel dans les services publics et le financement de cette pratique.

a) Organisation institutionnelle

De manière générale, deux types d'organisation institutionnelle peuvent être envisagés. Si l'intégration signifie une réciprocité dans la prise en compte de l'« autre », l'interprétariat ne consiste pas en une mesure unilatérale, mais représente un apport de part et d'autre. Dès lors, l'ancrage institutionnel s'inscrirait dans les institutions générales, il serait de type inclusif, c'est-à-dire transversal aux services génériques et ouverts à plusieurs nationalités et spécialisations (Cattacin & Kaya 2001). En revanche, si ces pratiques ne s'inscrivent pas dans une démarche d'adaptation réciproque, elles s'apparenteraient à une

mesure positive perçue uniquement pour favoriser l'accès des migrants aux institutions. Le fait que ces pratiques représentent également un moyen pour les fournisseurs de service d'atteindre les migrants serait ainsi omis. Dans une vision unilatérale, l'ancrage institutionnel se traduirait par des services exclusifs, c'est-à-dire fermés à d'autres nationalités et parallèle aux institutions.

Quelle que soit l'option choisie à court terme, l'institutionnalisation de services d'interprétariat communautaire ne peut avoir de sens en termes d'intégration seulement si elle est accompagnée d'autres mesures d'intégration qui favorisent la participation, la reconnaissance, et de manière générale, une ouverture inter ou transculturelle des institutions sociales. Des éléments allant dans cette direction seraient p. ex. : des équipes de travail interculturelle, la formation des fournisseurs de services à des compétences transculturelles. Il s'agit ici quasiment de développer la société en suivant une organisation interculturelle.

b) Bases légales et financement

Une fois la forme institutionnelle choisie²⁴, les questions centrales des sources et modalités de financement, ainsi que la répartition des tâches restent entre autres à résoudre. La division des tâches et le financement sont des points difficiles à traiter car l'interprétariat communautaire touche à la majorité des domaines du service public : travail social, santé, éducation, intégration des migrants. Cette activité relève donc de différentes autorités publiques liées à ces domaines, au niveau fédéral, cantonal voire municipal, mais aussi d'initiatives privées. De la réponse à ces questions découle en fin de compte l'engagement de toutes les parties concernées et la bonne collaboration de celles-ci.

La réalisation d'un module de formation, reconnu sur le plan fédéral par un diplôme équivalent entre les cantons représente certainement le premier ancrage de cette activité dans une base légale. Le deuxième aspect qu'il s'agit de légiférer, concerne le recours à des services d'interprétariat communautaire.

Nous essayons ci-après d'identifier quelques-unes des bases légales sur lesquelles pourraient s'appuyer le financement de la formation d'interprètes communautaires et de l'utilisation de tels services. Bien que nous ne possédions pas

²⁴ Il se peut d'ailleurs que le type de financement précède et détermine la forme institutionnelle.

l'expertise juridique qu'un tel travail nécessiterait, nous souhaitons esquisser un aperçu, des différents champs potentiels, qui pourrait servir d'impulsion à de futures réflexions sur ce sujet.

Les bases légales de cette activité pourraient reposer sur:

- L'article sur l'intégration de la loi sur le séjour et l'établissement des étrangers (LSEE) ancre dans la loi la possibilité d'une participation financière de la Confédération (art. 25 a) ainsi que l'existence de la commission fédérale des étrangers (art. 25 l paragraphe i de la LSEE). Cet article constitue la base légale principale pour développer des projets d'intégration.
- En ce qui concerne le financement de la formation d'interprète communautaire et de médiateurs interculturels, il serait possible de s'appuyer sur la nouvelle loi sur la formation professionnelle (nLFPR/nBBG) et la révision de la loi sur l'assurance chômage (cf. document interne de la CFE – section intégration, 2002). Mais, les points suivants traitent d'un aspect plus fondamental de l'ancrage et du recours de ces services.
- Le recours à des services d'interprétariat et de médiation interculturelle repose sur le droit à comprendre et être compris dans sa langue. La constitution fédérale devrait ainsi stipuler : le droit de faire appel à l'aide d'un interprète dans les services publics, comme c'est le cas p. ex. en Suède. (cf. Weiss und Stuker 1998).
- La loi sur l'assurance maladie serait un autre instrument pour institutionnaliser le recours à des services d'interprétariat communautaire.

Pour chaque domaine, d'autres bases légales interviennent également, notamment pour la santé : le crédit de l'OFSP pour la prévention, le crédit de l'assurance maladie pour la promotion de la santé (LAMal, art. 19). De même les législations cantonales et municipales viennent encore s'ajouter. L'annexe 4 présente une ébauche de la répartition des tâches que ces bases légales permettraient de développer.

4. Synthèse

Les modèles théoriques qui découlent de l'évolution des politiques d'intégration sont passés de la méconnaissance et du refus de la diversité, au constat du caractère inévitable de la pluralité de la société. Cette évolution s'est produite de manière parallèle à la volonté d'adapter les services publics aux besoins des clients, ce dans un souci d'efficacité. Ce survol chronologique et thématique montre que l'interprétariat communautaire s'inscrit dans ces récents changements.

Dans cette partie, nous résumons, sous une forme abrégée, les points principaux de notre argumentation. Celle-ci est structurée en fonction des arguments favorables et des défis relatifs à l'institutionnalisation de la pratique de l'interprétariat communautaire, en termes d'intégration. Les recommandations sont centrées sur les formes idéales d'institutionnalisation. Elles reprennent point par point les défis et définissent de quelle manière les dépasser. Nous supposons que l'institutionnalisation de l'interprétariat constituerait un moyen de contrer ces dérives, cependant celles-ci ne peuvent être complètement écartées par l'institutionnalisation. Enfin, chaque bloc thématique du tableau commence par rappeler les dimensions inclusives relatives à ce thème. L'institutionnalisation est définie ici comme la reconnaissance des besoins des personnes allophones comme des fournisseurs de service ; la reconnaissance de l'activité professionnelle des interprètes communautaire et par conséquent la professionnalisation de cette pratique par le biais d'une formation standard et reconnue, de contrôle de qualité et de la rémunération des personnes ; enfin l'ancrage institutionnel dans les services publics et le financement de cette pratique.

Notre argumentation est articulée autour des dimensions de l'intégration analysée selon une division classique soit : d'une part l'intégration culturelle qui représente les transformations en termes de a) langue, b) normes, valeurs, modes de vie entre les migrants et la société d'accueil ; d'autre part l'intégration structurelle qui concerne a) l'égalité des chances et de traitement entre autochtones et migrants, b) les droits et la reconnaissance, et c) la création d'une nouvelle catégorie professionnelle.

Il convient enfin de relever que la pratique de l'interprétariat communautaire ne dispose pas suffisamment de données probantes permettant de démontrer l'apport de cette

pratique en termes d'intégration. Ainsi, les postulats avancés dans cette synthèse ont encore un caractère d'hypothèses et demandent à être vérifiés.

Tableau 2: Synthèse

NIVEAU CULTUREL	
a) Langue	
<i>Dimensions:</i>	
<p>La maîtrise de la langue est jugée au niveau politique comme un des premiers symboles d'une intégration réussie et représente encore actuellement une des exigences principales pour acquérir la nationalité suisse. S'il est aujourd'hui reconnu que la connaissance de plusieurs langues reflète non pas un déficit mais une richesse (composante du capital humain), comportant des avantages également sur le plan économique, le lien entre la valorisation du capital linguistique et l'interprétariat communautaire reste cependant à clarifier.</p>	
<p style="text-align: center;">Avantages potentiels de l'institutionnalisation</p> <ul style="list-style-type: none"> • L'interprétariat communautaire facilite les interactions et peut donc favoriser la communication sociale entre les personnes indépendamment de leur langue. Dans ce sens, l'inclusion des personnes allophones dans la société d'accueil en serait améliorée. • L'interprétariat communautaire peut favoriser les échanges et les contacts entre les personnes. En facilitant le processus de socialisation et d'« Enkulturation » cette pratique encouragerait la démarche d'apprentissage de la langue du pays d'accueil. • Soutenir les personnes à parler leur langue dans certaines situations, permet de valoriser leur langue d'origine. Cela peut avoir aussi des conséquences positives sur l'estime de soi et l'ouverture vers autrui. 	<p style="text-align: center;">Défis potentiels de l'institutionnalisation</p> <ul style="list-style-type: none"> • L'interprétariat communautaire risque de freiner la volonté des personnes d'apprendre la langue du pays d'accueil.

Nous recommandons

Selon nous, toutes les interactions entre allophones et autochtones ne requièrent pas l'utilisation des services d'un interprète communautaire et il ne sera pas possible de fournir un interprète à chaque personne. La situation est peut-être plus complexe :

L'utilisation des services d'un interprète communautaire devrait être déterminée en fonction de deux axes : d'une part, en fonction des besoins des personnes allophones par rapport à leur 'répertoire verbal', en termes de maîtrise de la langue de référence et de capital humain (plus le 'répertoire verbal' est faible, plus l'utilisation des services d'un interprète sera étendue à des situations de la vie quotidienne) ; d'autre part, en fonction des situations d'interaction (plus la situation s'écarte des interactions de la vie quotidienne – dans le cas de situation spécialisée ou de crise p. ex. –, plus l'intervention d'un interprète est requise). Ici on peut également promouvoir la responsabilité du fournisseur de service de communiquer de manière claire et compréhensible.

Utilisée en fonction des besoins, cette pratique n'est pas contradictoire avec l'apprentissage de la langue d'accueil. En effet, il semble qu'un statut de séjour précaire et un avenir incertain représentent davantage des obstacles dans l'apprentissage de la langue du pays d'accueil. Par conséquent, l'interprétariat communautaire peut représenter un outil en vue de l'inclusion des personnes allophones dans la mesure où il ne se restreint ni à des situations de crise, si le répertoire verbal des personnes est restreint, ni à des groupes présentant des problèmes aigus, ni à des langues spécifiques. Dans le cas contraire, le risque encouru serait de stigmatiser certains groupes de migrants en regard à d'autres, ou encore par rapport aux résidents autochtones

b) Normes, valeurs, modes de vie*Dimensions:*

La culture a occupé une place centrale dans le débat sur l'intégration. Dans la perspective assimilationniste, l'intégration réussie est déterminée par l'assimilation par la personne immigrée, de la langue, des valeurs, normes et modes de vie dominants. Les théories multiculturalistes prônent en revanche la pluralité des dimensions culturelles dans la sphère privée et l'unité dans la sphère publique. Les théories actuelles perçoivent l'intégration comme une adaptation mutuelle, tant de la part des autochtones, que de celle des migrants. Cette adaptation requiert des compétences et une ouverture transculturelles des institutions et des personnes.

Avantages potentiels de l'institutionnalisation	Défis potentiels de l'institutionnalisation
<ul style="list-style-type: none"> • Une offre d'interprètes communautaires ancrée institutionnellement peut généraliser la compréhension mutuelle (aspect fonctionnel et inclusif de l'interprétariat communautaire). • L'interprétariat représente un moyen potentiel de se familiariser avec les codes (culturels et sociaux) de l'« autre », de contextualiser le point de vue et l'attitude de l'« autre » et de créer des ponts entre les cultures. Dans ce sens, l'interprétariat 	<ul style="list-style-type: none"> • Une mauvaise utilisation de ces pratiques comporte le risque de culturaliser et d'essentialiser des groupes de migrants. Dans cette perspective l'interprète communautaire serait moins un pont (effet d'inclusion) qu'une mise en évidence des différences (effet d'exclusion) • Les personnes allophones risquent de se distancer d'elles-mêmes des autochtones en raison de la différence linguistique (« Auto-ethnisation/linguisation » des

communautaire aurait un caractère inclusif et éviterait aussi les risques de préjugés et de racisme de la part de la société d'accueil envers les étrangers et vice versa.

- L'interprétariat communautaire dans le cas de personnes allophones peut sensibiliser des professionnels sur les questions de communication envers l'ensemble des minorités.

personnes), ce qui créerait une exclusion d'un nouveau type.

Nous recommandons

Afin d'éviter les risques de 'culturalisation' et de rendre effectif le rôle de 'pont' de l'interprète communautaire, on peut proposer certaines mesures qui permettent de répondre à ces défis et de contrecarrer les limites potentielles qu'ils représentent :

- (a) cette pratique devrait inclure une formation, concernant les connaissances spécialisées, des connaissances sur la question migratoire, des compétences transculturelles, l'interaction à trois, etc.
 - (b) Cette formation devrait être suivie non seulement par l'interprète mais également par le fournisseurs de services. Les experts ne doivent pas seulement ainsi apprendre à travailler avec l'intervention d'un interprète et à conduire une interaction à trois. Mais, de manière générale, cette formation doit leur permettre d'acquérir également des compétences transculturelles – dans le sens d'un élargissement des compétences sociales – et de participer dans le même temps au développement d'organisations interculturelles.
 - (c) Dans le cas des médiateurs interculturels, il serait également recommandé que ceux-ci ne soient pas centrés exclusivement sur des groupes ethniques. On peut notamment imaginer que des autochtones, ou des migrants s'occupent de personnes d'autres origines.
-

NIVEAU STRUCTUREL

a) égalité des chances, de traitement

Dimensions

Un groupe de migrants est considéré comme intégré d'un point de vue structurel s'il est inséré et réparti dans la structure de la société de manière équivalente aux autochtones (en termes de secteur professionnel, type de profession, niveau de formation). Dans les domaines du social, de la santé et de l'éducation, l'intégration structurelle se mesure : par un accès équivalent à celui des autochtones aux prestations de service, par une participation (en termes de présence et de consommation des prestations) similaire à celle des autochtones, enfin par une égalité des chances en matière d'accès et de traitement, qui est la condition et le résultat de l'absence de racisme institutionnel.

Avantages potentiels de l'institutionnalisation	Défis potentiels de l'institutionnalisation
<ul style="list-style-type: none"> • En abaissant les barrières linguistiques de manière constante et en assurant la qualité de l'interaction, les personnes allophones doivent pouvoir ainsi accéder plus facilement et plus systématiquement aux prestations de services. En généralisant les services d'interprétariat communautaire, on pourrait, en outre, augmenter les possibilités d'accès. • L'intervention d'un interprète permet sans doute de mieux identifier la nature des problèmes et améliore ainsi le choix d'une mesure appropriée. • L'interprétariat communautaire peut prodiguer un sentiment de confiance qui est propice à l'ouverture vers autrui. Cette ouverture serait ainsi augmentée et étendue, car elle touche tant les migrants que les autochtones (fournisseurs de services, mais également plus largement la population résidente). 	<ul style="list-style-type: none"> • L'interprétariat communautaire pourrait être utilisé pour réduire les autres problèmes sociaux à des problèmes culturels et linguistiques. Il servirait ainsi d'alibi et limiterait la mise en place d'autres mesures d'inclusion et d'adaptation des services publics. • Il existe un risque que les services des interprètes communautaires soient instrumentalisés à des fins personnelles et fonctionnelles, par les fournisseurs de service. Ceci peut se produire si les fournisseurs de service utilisent ces prestations seulement en fonction de leurs besoins.

Nous recommandons

Il nous semble qu'ici aussi il existe des possibilités pour dépasser ces défis potentiels: tout d'abord, nous recommandons une institutionnalisation qui représenterait une incorporation et non la formation de mesures parallèles. Dans la mesure où l'interprétariat est pensé comme avantageux tant pour les autochtones que pour les personnes allophones, il devrait être inscrit de manière transversale aux services généraux. Il devrait favoriser l'ouverture inter et trans-culturelle des institutions sociales. De manière générale, l'institutionnalisation de l'interprétariat communautaire ne fait sens que si elle est accompagnée d'autres mesures d'intégration.

b) Droits et reconnaissance

Dimensions :

Depuis le concept du multiculturalisme, la réflexion autour des mécanismes d'intégration amène à considérer les différences ethniques comme des dimensions fondamentales pour comprendre et résoudre la portée sociale qu'elles contiennent (p. ex. discrimination liée à la race). Reconnaître ces différences ethniques et leur corollaire social, les prendre en compte et y répondre par un certain nombre de droits, permet de promouvoir l'intégration structurelle de ces minorités.

Avantages potentiels de l'institutionnalisation	Défis potentiels de l'institutionnalisation
<ul style="list-style-type: none"> • L'institutionnalisation de ces prestations peut représenter une reconnaissance mutuelle (autochtones et personnes allophones) des attentes et des besoins d'autrui • Institutionnaliser ces pratiques peut être interprété, tant par le fournisseur de services que par la personne allophone, comme une reconnaissance du droit de la personne humaine, celui de comprendre et d'être compris. • Cela peut être perçu et ressenti comme une valorisation de la personne allophone, de sa présence en tant que résident, alors qu'en raison de son statut, elle est tenue à l'écart. 	<ul style="list-style-type: none"> • Si l'accès à ces prestations était restreint à certains groupes en fonction de leur origine et de leur langue mais aussi en fonction du permis de séjour, on encourrait le risque de stigmatiser ces personnes : ces prestations auraient, dans ce cas, moins un effet inclusif que de mise à l'écart. • Si l'accès de ces prestations est limité à certaines situations (crise) et domaine (p. ex. judiciaire), l'interprétariat comporte également le risque de ne pas voir ses services utilisés dans une perspective d'inclusion.

Nous recommandons

Si on désire vraiment reconnaître ces activités et les ancrer dans des bases légales, cela comporte deux conséquences majeures qui permettent de diminuer les risques potentiels de l'institutionnalisation : en premier lieu, la coordination et la mise en réseau de ces activités deviennent ainsi inaliénables. Sans pouvoir nous appuyer sur une expertise juridique, nous voyons malgré tout quelques possibilités concernant la manière d'institutionnaliser ces activités. Une base légale est le préalable à toute institutionnalisation. Au niveau fédéral ces bases légales pourraient s'appuyer en ce qui concerne le domaine de la santé, du social et de l'éducation sur : l'article sur la loi sur le séjour et l'établissement des étrangers (LSEE) sur l'intégration, la loi sur l'asile, la nouvelle loi sur la formation professionnelle (nLFPR/nBBG), la révision partielle de la loi sur l'assurance chômage. Pour chaque domaine, d'autres bases légales interviennent également, notamment pour la santé : le crédit de l'OFSP pour la prévention, le crédit de l'assurance maladie pour la promotion de la santé (cf. LAMal, art. 19). De même, les législations cantonales et municipales viennent encore s'ajouter.

Cette base légale devrait stipuler les formes institutionnelles de cette pratique : à qui cet usage s'adresse, selon quel critère, dans quelle situation, etc. La forme choisie devrait éviter toute restriction à des groupes (nationaux, linguistiques et juridiques), ainsi qu'à des situations de crise. La base légale devrait mettre en évidence qu'il s'agit d'un droit non seulement pour les personnes allophones, mais aussi pour les fournisseurs de service. Plus tard, nous conseillons également que dans la répartition du financement, les ressources propres aux communautés de migrants soient considérées et ajoutées.

c) Création d'une nouvelle catégorie professionnelle*Dimensions:*

En dehors des aspects déjà mentionnés, l'institutionnalisation de l'interprétariat communautaire implique la professionnalisation de cette pratique et ainsi la création d'une nouvelle catégorie professionnelle.

Avantages potentiels de l'institutionnalisation	Défis potentiels de l'institutionnalisation
<ul style="list-style-type: none"> • La reconnaissance de l'activité d'interprète permet de limiter le bricolage et les dérives d'une mauvaise utilisation de ce type de service. • L'institutionnalisation et par conséquent le financement des interprètes communautaire diminuent ou évitent les risques d'instrumentalisation. • La reconnaissance de cette pratique diminue la précarité de cette activité et évite les risques d'exploitation. 	<ul style="list-style-type: none"> • L'interprétariat communautaire risque d'être utilisé comme une filière spécifique pour migrants en les écartant du marché de l'emploi national. • La précarité des conditions de travail (salaire, des horaires irréguliers et flexibilité du travail sur appel) ne pourra être complètement évacuée par l'institutionnalisation (surtout pour les langues rares en Suisse).

Nous recommandons

Comme c'est parfois le cas, il faut prévenir ces personnes lors de leur formation d'interprètes communautaire que cette pratique constitue rarement une activité substantielle. Cette pratique doit donc être accompagnée d'autres mesures encourageant la mobilité socio-professionnelle des migrants. Un pas considérable dans cette direction réside dans la formation de cette activité et la reconnaissance fédérale d'un diplôme la concernant. Ainsi, cette activité acquiert un statut et évite le danger de l'exclusion.

Anhänge

1. Hauptfragen und methodisches Vorgehen

Im Zentrum dieses Mandats stehen folgende Fragestellungen und Zielsetzungen (Hungerbühler und Calderón 2002:1-2):

„Theoretische Verortung der Funktionen von „Sprachmitteln“ und „interkulturellem Vermitteln“ im Rahmen von Integrationsmassnahmen. [...] Thesen zu entwickeln, welche aufgrund einer theoretischen Beurteilung ein fundiertes Argumentarium zu Sinn und Zweck des Einsatzes von Sprachmitteln und interkulturellem Vermitteln enthalten.“

Konkret sollten im Rahmen des Auftrages folgende Fragen diskutiert werden (vgl. Hungerbühler und Calderón 2002:2):

1. „Welche Argumente sprechen je nach Integrationskonzept für oder gegen eine Institutionalisierung des Sprachmittels und interkulturellen Vermittels im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich?
2. Welche Auswirkungen können sich – unter dem Blickwinkel der verschiedenen Integrationskonzepte – durch den Einsatz von Sprachmitteln und interkulturellem Vermitteln im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich ergeben?
3. Welche Spannungsfelder können sich vor dem Hintergrund der aktuellen Integrationsdiskussion durch die Förderung und den Einsatz von Sprachmitteln und interkulturellem Vermitteln ergeben?
4. Wie sind im Rahmen eines zeitgemässen Integrationsverständnisses die staatlichen Integrationsmassnahmen im Bereich „Förderung der Verständigung und Kommunikation zwischen einheimischer und ausländischer Bevölkerung“ zu verorten? Ist vor dem Hintergrund aktueller theoretischer Integrationsansätze die Forderung nach einem „Recht auf Sprachmitteln“ vertretbar?
5. Abschliessend sind Thesen zu entwickeln, welche aufgrund einer theoretischen Beurteilung ein fundiertes Argument zu Sinn und Zweck des Einsatzes von Sprachmitteln und interkulturellem Vermitteln enthalten“.

Unser Ansatz war prinzipiell ein deduktiver, das heisst, wir analysierten den institutionalisierten Einsatz von SprachmittlerInnen und interkulturellen VermittlerInnen anhand von unterschiedlichen theoretischen Konzeptionen. Da

es sich in diesem Sinne in erster Linie um eine Theoriearbeit handelte, unternahmen wir in einem ersten Schritt eine differenzierte Literaturrecherche. Im Schweizerischen Kontext handelt es sich um neuere Tätigkeitsfelder, weshalb erst wenige wissenschaftliche Arbeiten vorliegen, die sich mit den Notwendigkeiten und Wirkungen solcher Vermittlungstätigkeiten dezidiert auseinandersetzen (Bischoff 2001; Métraux und Alvir 1995; Weiss und Stuker 1998). Wir entschlossen uns deshalb, einige ExpertInnen zu Wort kommen zu lassen und ihre Einschätzungen, insbesondere was zu erwartende Wirkungen des Einsatzes von SprachmittlerInnen und interkulturellen VermittlerInnen betrifft, aufzunehmen.

Es handelt sich um explorative Interviews, die eher in der Tradition von evaluativen Ansätzen stehen als dass sie eine Repräsentativität zum Ziel hätten.²⁵ Angestrebt wurde eine zeitlich schnelle Beurteilung durch eine methodisch qualitativ angesetzte Vorgehensweise, die insbesondere auf ExpertInneneinschätzungen beruhte.

Bei der Auswahl von geeigneten InterviewpartnerInnen liessen wir uns von Kriterien auf drei Achsen leiten: Erstens sollten ExpertInnen aus allen Fachbereichen zu Wort kommen (Bildung, Erziehung, Soziales). Zweitens wollten wir mit ExpertInnen sprechen, die sich mit den verschiedenen Vermittlungsformen (Vom Sprachmitteln (in der Triade) über interkulturelles Vermitteln (in Form von Schlüsselpersonen) bis hin zur kulturellen Mediation) beschäftigten. Drittens wollten wir auch das Wissen und die Erfahrungen von interkulturellen VermittlerInnen selbst abholen. Insgesamt führten wir 12 Telefoninterviews mit ExpertInnen durch.

Zusätzlich legten wir einen ersten Arbeitsentwurf einer internen Forschungsgruppe des Schweizerischen Forums für Migrations- und Bevölkerungsstudien vor: In Form eines *Hearings* wurden die Thematik und der Bericht von diesen ausgewiesenen KennerInnen diskutiert. Hauptkritikpunkte, Ergänzungen und Einwände wurden anschliessend von den AutorInnen in den Bericht eingearbeitet.

²⁵ Explorative Interviews helfen nicht nur, die inhaltlich wichtigen Aspekte und Dimensionen eines Gegenstandes zu entwickeln, sondern sie sind auch geeignet, sich ein Bild von den zu untersuchenden Subjekten zu machen, sie leisten also einen sinnvollen Beitrag zur Erkundung neuer und theoretisch noch wenig strukturierter Gegenstandsbereiche (Lamnek 1995).

2. Interviewleitfaden

Der folgende Interviewleitfaden kam in den Telefoninterviews zum Einsatz, aufgrund des grossen Spektrums an GesprächspartnerInnen manchmal in leicht abgeänderter Form. Vor dem Interview stellten wir den GesprächspartnerInnen jeweils eine Zusammenstellung der wichtigsten Fragen per e-mail zu, damit sie sich optimal auf das Gespräch vorbereiten konnten.

Allgemeines

- Welche Verbindung haben Sie zu Sprachmitteln resp. zu den Aktivitäten der interkulturellen Vermittlung? In welchem Rahmen?
- Was verstehen Sie unter diesen Tätigkeiten?

Die Anwendung, der Einsatz von Sprachmitteln/interkulturellem Vermitteln

- In welchen Kontexten wird auf Sprachmitteln / interkulturelles Vermitteln zurückgegriffen?
- Hat sich die Praxis des Sprachmittels seit seinem Erscheinen in der Schweiz verändert? Welche Entwicklung lässt sich beobachten?
- Welche Ziele oder Wünsche erhofft man sich in ihrem Fachbereich mit dem Einsatz von SprachmittlerInnen/interkulturellen VermittlerInnen? Welche Resultate sind zu erwarten?

Wirkungen des Einsatzes von SprachmittlerInnen und interkulturellen VermittlerInnen auf die KlientInnen/ die Fachpersonen / die interkulturellen VermittlerInnen selbst?

- Welches sind Ihrer Meinung die wichtigsten Wirkungen oder Ergebnisse, die aus den Aktivitäten von Sprachmitteln und Interkultureller Vermittlung resultieren?
- Wie wird der Einsatz von SprachmittlerInnen durch die KlientInnen beurteilt? Möchten diese eine solche Hilfe überhaupt? Warum? Warum nicht?
- Führt der Einsatz von SprachmittlerInnen zu einem Gefühl des Anerkennens und Respektierens?
- Erlaubt der Einsatz von SprachmittlerInnen eine aktivere Rolle der KlientInnen in der Interaktion?
- Welche Wirkungen sind durch den Einsatz von SprachmittlerInnen auf den Integrationsprozess zu verzeichnen?
- Wie werden diese Aktivitäten aus Sicht der Fachpersonen beurteilt? Welche Gründe sprechen für diese neue Berufskategorie? Welche dagegen?
- In welchen Zusammenhängen wird in ihrem Fachbereich konkret auf SprachmittlerInnen zurückgegriffen? Wird einfach bei allen sog. Fremdsprachigen eine SprachmittlerIn eingesetzt?
- Inwiefern werden konkret die medizinischen Konsultationen, die Sozialarbeit oder die Interaktion Eltern-Schule durch den Einsatz von SprachmittlerInnen verändert: Positive und negative Aspekte?
- Wie beurteilen Sie die Schaffung dieser neuen Berufskategorie?

Schwächen, negative Wirkungen, Nebenwirkungen ?

- Welches sind Ihrer Meinung nach die Hauptschwächen oder Hauptgefahren des Einsatzes von SprachmittlerInnen und interkulturellen VermittlerInnen?
- In welchen Fällen würden Sie sogar davon absehen, SprachmittlerInnen einzusetzen?
- Welche Nebenwirkungen könnten sich in der Beziehung zwischen Fachpersonen und KlientInnen zeigen? (Dritte Person verkompliziert die Beziehung, Intimitätsverlust, Gefühl der Distanz)
- Sehen Sie die Gefahr der Überbetonung kultureller Unterschiede? Was könnte Ihrer Meinung nach dieser Gefahr entgegengesetzt werden?
- Handelt es sich nicht vielleicht um eine individuelle Lösung auf strukturelle Probleme?
- Verhindert der Einsatz von Sprachmitteln den Erwerb der Referenzsprache?
- Welche Gefahren ergeben sich aus der Entwicklung einer neuen beruflichen Kategorie?
- Wie stehen Sie dazu, dass unterdessen rechte Parteien wie die SVP, solche Aktivitäten mitfinanzieren und unterstützen?

Zukünftige Entwicklung

- - Wie schätzen Sie die zukünftige Entwicklung ein?

3. Répartition des tâches et financement

Le tableau suivant esquisse les contours d'une répartition générale des tâches, des acteurs et des sources de financement qui s'appuient sur les bases légales potentielles. Il s'agit de premières pistes de réflexions qui n'ont pas un caractère exhaustif et qui demandent encore à être clarifiées et développées²⁶.

Tableau 3– Tâches, acteurs et sources de financement

Champ d'intervention	Acteurs déterminants	Bases légales	Mise en œuvre	Financement possible
Formation				
Filières de formation et de formation continue pour interprètes communautaires et médiateurs interculturels	- Confédération - Institutions en charge de la formation	- Article LSEE sur l'intégration - Loi sur l'asile - La nouvelle loi sur la formation professionnelle (nLFPR/nBBG) - Révision partielle de la loi sur l'assurance chômage - Stratégie de la confédération dans le domaine « Migration et santé »	- Instituts de formation	- Confédération - Canton et écolage
Offre de formation continue pour les professionnels de la santé	- Confédération - Institutions en charge de la formation	- Article LSEE sur l'intégration, - Crédit OFSP pour la prévention - Stratégie de la confédération dans le domaine « Migration et santé »	- Instituts de formation	- Confédération - Ecolage A long terme: responsables des institutions de formation
Recours à des services d'interprètes²⁷				
Domaine de la santé				
Soin, prévention, promotion de la santé dans la population immigrée	- Confédération - Cantons, villes - Fournisseurs privés de pres-	- Crédit pour la prévention, LAMal (art. 19) - Article LSEE sur l'intégration, - Loi sur l'asile	- Confédération - Cantons, villes - Fournisseurs privés de pres-	- Confédération - Cantons, villes - Fondation 19 - SUVA

²⁶ Ce tableau se base sur deux sources principales : la stratégie de la Confédération pour les années 2002 à 2006 dans le domaine « Migration et santé » (OFSP 2001) et un document interne, de la Commission fédérale des étrangers – section intégration (mars 2002), traitant de la politique d'intégration.

²⁷ Nous ne prenons pas en compte ici les activités de médiation interculturelle et d'entraide.

	tations - Organisation dans le domaine de la migration	- Stratégie de la confédération dans le domaine « Migration et santé » - Législations sur la santé des cantons et des villes - Révision partielle de la loi sur l'assurance chômage	tations	- Fournisseurs privés de prestations
Domaine de l'éducation				
	- Confédération - Cantons, villes - Organisation dans le domaine de la migration	- Article LSEE sur l'intégration	- Confédération - Cantons, villes	- Confédération - Cantons, villes
Domaine du travail social				
	- Confédération - Cantons, villes - Organisation dans le domaine de la migration	- Article LSEE sur l'intégration	- Confédération - Cantons, villes	- Confédération - Cantons, villes
Services de médiation interculturelle et d'entraide				
Recours à des services de médiation interculturelle	- Confédération - Cantons - Organisations privées	-Crédit pour la prévention, -Article LSEE sur l'intégration,	- Cantons - Organisations privées - Association du domaine de la migration	- Confédération - Cantons et initiatives autofinancées

Tabellen und Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Einsatz von SprachmittlerInnen.....	25
Tableau 1 - Type d'inclusion et d'organisation	37
Tableau 2: Synthèse.....	54
Tableau 3– Tâches, acteurs et sources de financement.....	65
<i>Kasten 1: Definitionen und ihre Probleme</i>	<i>7</i>
<i>Kasten 2: Definition von Sprachmitteln und interkulturellem Vermitteln</i>	<i>8</i>
<i>Kasten 3: Kulturkonzept.....</i>	<i>10</i>
<i>Kasten 4: Sprache und Kultur</i>	<i>11</i>
<i>Kasten 5: Wirtschaftliche Bedeutung von Herkunftssprachen</i>	<i>20</i>
<i>Kasten 6: Die Perspektive der MigrantInnen</i>	<i>34</i>
<i>Kasten 7: Le cas particulier de l'asile</i>	<i>45</i>

Bibliographie

- Abu-Lughod, Lila. 1991. "Writing against Culture." Pp. 137-162 in *Recapturing Anthropology: Working in the Present*, edited by Richard G. Fox. Santa Fe.
- Alba, Richard D., und Nee Viktor. 1997. "Rethinking Assimilation Theory for a New Era of Immigration." *International Migration Review* 31: 826-874.
- Allemann-Gionda, Cristina. 2000. "Multikulturalität in der Schule: Eine missverstandene Herausforderung." Pp. 165-178 in *Sozialalmanach. Sozialrechte und Chancengleichheit in der Schweiz*, edited by Caritas Schweiz. Luzern: Caritas Verlag.
- Anthias, Floya, und Nira Yuval-Davis. 1992. *Racialized boundaries. Race, Nation, Gender, Colour and Class and the Antiracist Struggle*. London: Routledge and Kegan Paul.
- Arbenz, Peter. 1995. *Bericht über eine schweizerische Migrationspolitik*. [S.l.]: [s.n.].
- Auernheimer, Georg. 1996. *Einführung in die interkulturelle Erziehung*. Darmstadt: Primus Verlag.
- Baumann, Gerd. 1996. *Contesting Culture. Discourses of Identity in Multi-Ethnic London*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Berry, John Widdup. 1994. "Coûts et avantages du multuculturalisme: un point de vue canadien." Pp. p. 415-433 in *Europe! Montrez patte blanche! Les nouvelles frontières du "laboratoire Schengen"*.
- Bischoff, Alexander. 2001. *Overcoming language barriers to health care in Switzerland*. Basel: Dissertation: Universität Basel.
- Bischoff, Alexander N, und Louis Loutan. 2000. *Mit anderen Worten : Dolmetschen in Behandlung, Beratung und Pflege*. Bern [etc.]: Bundesamt für Gesundheit [etc.].
- Bischoff, Alexander, Claude Tonnere, Ariel Eytan, und Martine Bernstein. 1999. "Adressing language barriers to health care, a survey of medical services in Switzerland." *Soz.-Präventivmed* 44: 248-256.
- Blöchliger, Corinne, et al., et al., und et al. 1998. "Asylsuchende und Flüchtlinge in der hausärztlichen Praxis : Probleme und Entwicklungsmöglichkeiten." *Sozial- und Präventivmedizin* 43: 18-28.
- Bourdieu, Pierre. 1976. *Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage einer kabyliischen Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- . 1982. *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- . 1985. *Sozialer Raum und Klassen. Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brubaker, Rogers. 2001. "The return of assimilation? Changing Perspectives on Immigration and its Sequels in France, Germany, and the United States." *Ethnic and Racial Studies* 24: 531-548.
- Bukow, Wolf-Dietrich, und Roberto J Llaryora. 1998. *Mitbürger aus der Fremde : Soziogenese ethnischer Minoritäten*. Opladen [etc.]: Westdeutscher Verlag.
- Cattacin, Sandro, und Bülent Kaya. 2001. *Le développement des mesures d'intégration de la population migrante sur le plan local en Suisse. Discussion paper 11/2001*. Neuchâtel: Forum Suisse pour l'étude des migrations.
- Clifford, James, und George Marcus. 1986. *Writing Culture. The Poetics and Politics of Ethnography*. Berkeley: University of California Press.
- Coleman, James S. 1991. *Grundlagen der Sozialtheorie. 3 Bände*. München: Oldenbourg.
- Dahinden, Janine. 2000. "Strukturen verschiedener ethnischer Gruppen in der Stadt Zürich." in *Die Integration der ausländischen Bevölkerung in den Gemeinschaftszentren. Studie zuhanden der Zürcher Gemeinschaftszentren Bachwiesen, Heuried und Loogarten*, edited by Hans Mahnig und Martin Niederberger. Neuchâtel: Schweizerisches Forum für Migrationsstudien.
- Domenig, Dagmar. 2001. "Einleitendes Vorwort." Pp. 21-24 in *Professionelle Transkulturelle Pflege*, edited by Domenig Dagmar. Bern: Hans Haupt.
- Efionayi-Mäder, Denise, Milena Chimienti, Stefano Losa, und Sandro Cattacin. 2001. *Evaluation des Gesamtprogrammes "Migration und Gesundheit" des Bundesamts für Gesundheit*. Neuchâtel: Forum suisse pour l'étude des migrations.
- EKA. 1999. *Die Integration der Migrantinnen und Migranten in der Schweiz : Fakten, Handlungsbereiche, Postulate*. Bern: EKA-Sekretariat.
- . 2002. *Document interne de la CFE/EKA - section intégration*.
- Eller, Jack David. 1997. "Anti-anti-multiculturalism." *American Anthropologist* 99: 249-260.
- Fibbi, Rosita, und Sandro Cattacin. 2000. "Vers une internationalisation de la politique migratoire suisse?" in *Les défis migratoires : actes du colloque CLUSE "Les défis migratoires à l'aube du troisième millénaire" / sous la dir. de Pierre Centlivres et Isabelle Girod. - Neuchâtel : Seismo, 2000. - P. 142-149*.

- Gaitanides, Stefan. 2001. "Qualitätsstandards zur interkulturellen Teamentwicklung. Ergebnisse eines Qualitätsmanagement-Projektes in München." *IZA* 1: 4-7.
- Gans, H. 1973. "Introduction." in *Ethnic Identity and Assimilation: The Polish Community*, edited by N. Sandberg. New York: Praeger.
- Geertz, Clifford. 1983. *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Gordon, M. 1964. *Assimilation in American life*. New York: Oxford University Press.
- Grin, François, Jean Rossiaud, und Bülent Kaya. 2002. "Immigrationssprachen und berufliche Integration in der Schweiz." forthcoming.
- Habermas, Jürgen. 1985. *Theorie des kommunikativen Handelns. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hablützel, Peter. 1995. "New Public Management als Modernisierungschance - Thesen zur Entbürokratisierungsdiskussion." Pp. 499-508 in *Umbruch in Politik und Verwaltung. Ansichten und Erfahrung zum New Public Management in der Schweiz*, edited by Hadelmann Theo Hablützel Peter, Schedler Kuno und Schwaar Karl (Hrsg.). Bern: Haupt.
- Hanks, W. F. 1989. "Text and Textuality." *Annual Review of Anthropology* 18: 95-127.
- Hannerz, Uwe. 1995. "'Kultur' in einer vernetzten Welt. Zur Revision eines ethnologischen Begriffes." in *Kulturen - Identitäten - Diskurse. Perspektiven Europäischer Ethnologie*, edited by Wolfgang Kaschuba. Berlin: Akademie Verlag.
- Haug, Werner. 1995. *Vom Einwanderungsland zur multikulturellen Gesellschaft : Grundlagen für eine schweizerische Migrationspolitik*. Bern: Bundesamt für Statistik.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim. 1992. *Chancen und Risiken multikultureller Einwanderungsgesellschaften*. Bern: Schweizerischer Wissenschaftsrat.
- . 1995. "Switzerland : a non-immigration immigration country." in *The Cambridge survey of world migration / ed. by Robin Cohen*. - Cambridge : University Press, 1995. - P. 302-307.
- Hungerbühler, Hildegard, und Ruth Calderón. 2002. "Ausschreibung Mandat Theoriearbeit." Bern: Interpret.
- Interpret'. 2001. "Ausbildungscharta für Sprachmitteln und interkulturelles Vermitteln. Entwurf. Vorlage für die Vernehmlassung vom 7. Dezember 2001." Bern.
- Kommission für, Ausländer und Integrationspolitik. 1999. "Bericht und Leitbild des Regierungsrates für die Ausländer- und Integrationspolitik des

- Kantons Luzern." Luzern: Kommission für Ausländer und Integrationspolitik.
- Kühne, Klaus. 2002. "Sprachmitteln im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich." in *Hochschule für Sozialarbeit HSA [unveröffentl.]*. Bern.
- Lamnek, Siegfried. 1995. *Qualitative Sozialforschung. Band 2 Methoden und Techniken*. Weinheim: Belz.
- Loncarevic, Maja, und Gabrielle Selva. 2001. *Vom interkulturellen Zusammenleben im Spital: ein Pilotprojekt des Schweizerischen Roten Kreuzes und des Kinderspitals Zürich*. Bern: Schweizerisches Rotes Kreuz, Departement Migration.
- Luzern, Regierungsrat des Kantons. 2000. *Bericht und Leitbild des Regierungsrates für die Ausländer- und Integrationspolitik des Kantons Luzern*. Luzern: Regierungsrat des Kantons Luzern.
- Mahnig, Hans. 1998. *Integrationspolitik in Grossbritannien, Frankreich, Deutschland und den Niederlanden : eine vergleichende Analyse*. Neuchâtel: Forum suisse pour l'étude des migrations.
- . 1999. "La question de "l'intégration" ou Comment les immigrés deviennent un enjeu politique : une comparaison entre la France, l'Allemagne, les Pays-Bas et la Suisse." *Sociétés contemporaines*: 15-38.
- Matthey, Marinette, und Alexandre Duchêne. 2000. "Langues et migration : une approche linguistique." in *Les défis migratoires : actes du colloque CLUSE "Les défis migratoires à l'aube du troisième millénaire" / sous la dir. de Pierre Centlivres et Isabelle Girod*. - Neuchâtel : Seismo, 2000. - P. 450-456.
- Métraux, Jean-Claude. 1995. *"Amélioration de l'accès aux "soins" des populations migrantes" : "un droit: s'exprimer dans sa propre langue" : projet-pilote*. Lausanne: Appartenances.
- Métraux, Jean-Claude, und S Alvir. 1995. "L'interprète : traducteur, médiateur culturel ou co-thérapeute." *InterDialogos*: 22-26.
- Müller, Hans-Peter. 1997. *Sozialstruktur und Lebensstile. Der neuere theoretische Diskurs über soziale Ungleichheit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- . 1998. *Leitbild zur Integrationspolitik der Stadt Zürich : Ziele und Massnahmen zur Integration der ausländischen Wohnbevölkerung : Entwurf zur Vernehmlassung*. [Zürich]: [s.n.].
- Müller, Romano. 1995. "Zur Bedeutung der Erstsprache für den Erwerb der Zweitsprache." in *Interkulturelle Bildung in der Schweiz : fremde Heimat / Edo Poglia (Hrsg.)... [et al.]*. - Bern [etc.] : P. Lang, cop. 1995. - S. 155-176.

- Neuenschwander, Markus P. 1999. "Zur Bedeutung der Eltern für Motivation und Schulleistung im Jugendalter. Zwischenergebnisse aus einem laufenden Längsschnittprojekt." *Schweizer Schule*.
- Pereira Fleischlin, Carminha, und Franziska Kjellström Medici. 2001. "Der Stellenwert der Sprache als Integrationsmittel." Luzern: Universität Luzern, Nachdiplomstudiengang Interkulturelle Kommunikation.
- Perregaux, Christiane. 1998. "Les approches didactiques. Eveil au langage et ouverture aux langues (EOLE) dans le curriculum scolaire." in *Anhang zum Bericht "Gesamtsprachenkonzept"*, edited by Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren. Bern: 15. Juli 1998.
- Piguet, Etienne. 2001. "Immigration et intégration. La population étrangère en Suisse depuis 1948." in *PNR 39: "Migrations et relations interculturelles"*. Neuchâtel.
- Prodoliet, Simone. 2000. *Interkulturelle Kommunikation : eine Einführung in die Praxis*. Luzern: Caritas-Verlag.
- Py, Bernard. 1995. "Sprachliche Aspekte der Migrationsproblematik. Überlegungen zu den Texten von Romano Müller, Christine Othenin-Girard und Micheline Rey-von Allmen." in *Interkulturelle Bildung in der Schweiz : fremde Heimat / Edo Poglia (Hrsg.)... [et al.]*. - Bern [etc.] : P. Lang, cop. 1995. - S. 151-154.
- Radtke, Frank-Olaf. 1990. "Multikulturell - Das Gesellschaftsdesign der 90er Jahre?" *Informationsdienst zur Ausländerarbeit*: 27-34.
- . 1996. "Fremde und Allzufremde : zur Ausbreitung des ethnologischen Blicks in der Einwanderungsgesellschaft." in *Das Fremde in der Gesellschaft : Migration, Ethnizität und Staat / hrsg. von Hans-Rudolf Wicker... [et al.]*. - Zürich : Seismo, cop. 1996. - S. 333-352.
- Reich, Hans H. 2001. "Sprache und Integration." Pp. 41-50 in *Integration und Illegalität in Deutschland*, edited by Klaus J. Bade. Bad Iburg: Grote Druck.
- Rex, John. 1986. *The Concept of a Multi-Cultural Society*. Warick: University of Warick.
- Salis Gross, Corina. 1997. "Die Arzt-Patienten Interaktion aus der Sicht von MigrantInnen : Vorschläge für die ärztliche Praxis = Doctor/patient interaction from the migrant's point of view : suggestions for medical practice." *Praxis : schweizerische Rundschau für Medizin* 86: 887-894.
- Salzmann, Zdenek. 1993. *Language, Culture, and Society. An Introduction to Linguistic Anthropology*. Oxford: Westview Press.
- Steiner-Khamsi, Gita. 1995. "Zur Geschichte und den Perspektiven der interkulturellen Pädagogik in der Schweiz und in Europa." in

- Interkulturelle Bildung in der Schweiz : fremde Heimat / Edo Poglia (Hrsg.)... [et al.] - Bern [etc.] : P. Lang, cop. 1995. - S. 45-65.*
- . 1996. "Universalismus vor Partikularismus ? : Gleichheit vor Differenz ?" in *Das Fremde in der Gesellschaft : Migration, Ethnizität und Staat / hrsg. von Hans-Rudolf Wicker... [et al.] - Zürich : Seismo, cop. 1996. - S. 353-372.*
- Straubhaar, Thomas, und Peter A Fischer. 1994. "Economic and social aspects of immigration into Switzerland." in *European migration in the late twentieth century : historical patterns, actual trends, and social implications / ed.: Heinz Fassmann and Rainer Münz. - Aldershot [etc.] : E. Elgar, cop. 1994. - Ch. 7, p. 127-148.*
- Stuker, Rahel. 1998. *ÜbersetzerInnen im Gesundheitsbereich : das medizinische Anamnesegespräch im Migrationskontext.* Bern: Lizentiatsarbeit, Ethnologisches Institut der Universität Bern.
- Taylor, Charles. 1993. "Die Politik der Anerkennung." Pp. 13-79 in *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung.*, edited by A. (Hg.) Gutmann. Frankfurt: Fischer.
- Vertovec, Steven. 1999. "Multiculturalism, culturalism and public incorporation." in *Migration and social cohesion / ed. by Steven Vertovec. - Cheltenham : E. Elgar, cop. 1999. - P. 222-242.*
- Wagner, Alan P. 1995. "Bildung in multikulturellen Gesellschaften : Ansätze in den Ländern der OECD." in *Interkulturelle Bildung in der Schweiz : fremde Heimat / Edo Poglia (Hrsg.)... [et al.] - Bern [etc.] : P. Lang, cop. 1995. - S. 27-44.*
- Wapshere, Nathniel. 1994. "'Le multiculturalisme australien'." *Hommes & Migrations* mars.
- Watzlawick, Paul, Janet H. Beavin, und Don D. Jackson. 1974. *Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien.* Bern/Stuttgart/Wien: Hans Huber.
- Weiss, Regula, und Rahel Stuker. 1998. *Übersetzung und kulturelle Mediation im Gesundheitssystem : Grundlagenbericht.* Neuchâtel: Forum suisse pour l'étude des migrations.
- Wicker, H.-R. à paraître. "Einleitung: Migration, Migrationspolitik und Migrationsforschung." in *Rapport final du PNR 39.*
- Wicker, Hans-Rudolf. 1996a. "Einleitung." Pp. 6-39 in *Das Fremde in der Gesellschaft. Migration, Ethnizität und Staat*, edited by Hans-Rudolf Wicker, Jean-Luc Alber, Claudio Bolzmann, Rosita Fibbi, Kurt Imhof und Andreas Wimmer. Zürich: Seismo.

- . 1996b. "Von der komplexen Kultur zur kulturellen Komplexität." in *Das Fremde in der Gesellschaft : Migration, Ethnizität und Staat / hrsg. von Hans-Rudolf Wicker... [et al.]*. - Zürich : Seismo, cop. 1996. - S. 373-392.
- Wimmer, Andreas. 1996. "Kultur : zur Reformulierung eines sozialanthropologischen Grundbegriffs." *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 48: 401-425.
- . 2002. "Multikulturalität oder Ethnisierung? Kategorienbildung und Netzwerkstrukturen in drei schweizerischen Immigrantenvierteln." *Zeitschrift für Soziologie* 31: 4-26.
- Wimmer, Andreas, Dieter Karrer, Angela Stienen, und Rebekka Ehret. 2000. "Integration - Segregation. Interkulturelle Beziehungen in Basel, Bern und Zürich. Schlussbericht." Schweizerischer Nationalfonds, NFP 39 "Migration und interkulturelle Beziehungen", Stiftung Bevölkerung, Migration und Umwelt.
- Zhou, Min. 1997. "Segmented Assimilation: Issues, Controversies, and recent Research on the new Second Generation." *International Migration Review* 31: 975-1008.

FSM
SFM
Institut auprès
de l'Université
de Neuchâtel

Institut an
der Universität
Neuenburg

Rue des Terreaux 1
CH – 2000 Neuchâtel
Tél. + 41 (0)32 718 39 20
Fax + 41 (0)32 718 39 21
secretariat.fsm@unine.ch
www.unine.ch/fsm
CCP 20-3686-9